

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preiszelle oder deren Raum 80 Pf.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pf.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf.

Gewerkschaftliche Schulung.

Es gibt Leute, die da meinen, wenn sie in eine Gewerkschaft eingetreten seien und ihr Verbandsbuch in Ordnung hätten, so hätten sie ihre Pflicht als Mensch und Kollege in vollem Maße erfüllt. Um alles Weitere kümmern sie sich nicht, und was innerhalb der Gewerkschaft vorgeht, interessiert sie nicht. Nur wenn große Ereignisse ihre Schalten vorauswerfen, wenn ein Streik oder eine Aussperrung in Aussicht steht, dann erwacht ihr (Geldbeutel-) Interesse und sie erscheinen in der Versammlung; ist die Bewegung vorüber, so flaut ihr Interesse ab und sie verschwinden wieder von der Wildflähe. Auch wenn ein Skandal oder ein Rabau zu erwarten ist, stellen sie ihren Mann und dann kann es wohl vorkommen, daß einer von ihnen auf das Podium klettert und seine Rede mit dem Satz beginnt: „Seit sechs Jahren habe ich keine Versammlung besucht, aber heute muß ich doch mal meine Meinung sagen.“ Und dann verzapft er seine Weisheit und gibt gute Ratsschläge, trotzdem er doch eigentlich mit der Organisation jegliche Fühlung verloren hat.

Man muß sich eigentlich wundern, daß es heute noch notwendig ist, die organisierten Kollegen auf die Bedeutung einer gewerkschaftlichen Erziehung hinzuweisen, die den Zweck verfolgen soll, die Mitglieder mit dem Geiste der Solidarität zu erfüllen. Daß die Organisationszugehörigkeit allein nicht genügt, ist eine alte, oftmals gehörte Wahrheit, die schon der erste deutsche Arbeiteragitator proletarischer Herkunft, der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, vor nunmehr 80 Jahren ausgesprochen hat, indem er seinen Genossen zurief, es sei nichts damit getan, daß sie einem Arbeiterverein angehörten und ihre Beiträge regelmäßig bezahlten, sondern sie müßten auch in den Geist der Organisation eindringen und in diesem Geiste leben und wirken. Diese Wahrheit gilt heute wie damals, was wir an einem Beispiele aus jüngster Zeit erläutern wollen.

Die Angestellten der Hamburger Straßenbahngesellschaft traten vor kurzem in eine Bewegung ein: sie forderten freies Koalitionsrecht sowie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Direktion wollte sich auf nichts einlassen und entließ obendrein noch ein paar „Mißleitführer und Aufbehalter“, weshalb unter den Angestellten eine tiefgehende Erregung Platz griff. Vernunftigerweise schlossen sie sich massenhaft dem Transportarbeiterverbande an und auch die Versammlungen wurden zahlreich besucht. Schon nach kurzer Zeit gingen die Wogen immer höher und man drängte stürmisch nach einer Entscheidung. Die Richtung zeigte sich der Situation gewachsen, denn sie behielt trotz der Sicherheit der Bewegung kaltes Blut und klaren Kopf; sie wagte die Aussichten eines Kampfes auf Sieg oder Niederlage gegen einander ab und kam zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Sache der Kampf mit einer Niederlage enden werde. Besonders fiel hierbei der Umstand ins Gewicht, daß es sich zum allergrößten Teil um neuengewonnene, bislang unorganisierte Leute handelte, denen jegliche Schulung abging. Da die Existenz zahlreicher Familienväter auf dem Spiele stand, wollte die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen, weshalb sie den Vorschlag machte, den Kampf einstweilen abzubrechen und auf einen günstigeren Zeitpunkt zu vertagen. In der entscheidenden Versammlung, in der von 4000 Angestellten nur etwa 1000 anwesend waren, kam es zu wilden Auftritten, die ein schlechtes Licht werfen auf die Bildung jener Leute. Abgesehen davon, daß mehrere Unorganisierte, die doch alle Ursache gehabt hätten, sich einer bescheidenen Zurückhaltung zu befleißigen, stürmisch den sofortigen Streik verlangten, und dann Rabau machen, benahmen sich auch zahlreiche Organisierte derart, wie man es von geschulten Arbeitern nicht gewohnt ist. Diese neugeborenen Gewerkschafter schienen von dem Wesen einer modernen Gewerkschaft keine Ahnung zu haben, denn sie überhäufte die Verbandsleitung mit den ärgsten Schimpfwörtern, wie „Bandwüchser“, warfen sie zum Vorstandsamt hin und her und erklärten, sie wollten mit dem Verbande nichts mehr zu schaffen haben. Diese guten Leute erblickten in den Gewerkschaften lediglich Streikvereine, und wenn sie ihren Willen nicht kriegen, martieren sie die gekränkte Leberwurst, und wie verzögerte Kinder wollen sie nicht mehr mitspielen; sie sind auch der Meinung, daß es ihr gutes Recht sei, die Verbandsleitung als Kanaille zu behandeln, und sie glauben, sie könnten aus der Verbandskasse hundert Mark herausholen, wenn sie zehn Mark hineingezahlt haben. Eine solche falsche

Auffassung und ein solch rüpelhaftes Gebaren beweist deutlich die Notwendigkeit einer zielbewußten Aufklärung und einer besseren gewerkschaftlichen Schulung.

Oder treffen wir auf einen wunden Punkt in der proletarischen Arbeiterbewegung, der die Aufmerksamkeit aller Gewerkschafter verdient. Die Gewerkschaftsbewegung modernen Gepräges hat es verstanden, in jahrzehntelanger Agitations- und Organisationsarbeit immer größere Scharen von Proletariern aus dem dumpfen Schlafe zu wecken und mit dem Gedanken des Massenkampfes zu erfüllen. Sie hat es fertig gebracht, Hunderttausende von Arbeitern zu starken Organisationen zusammenzuschweißen und einen organisierten Massenkampf in Szene zu setzen, der die Bewunderung der ganzen Welt und die Wut der Scharfmacher und Kapitalproben erregt. Aber noch steht ihr die ungleich schwierigere Aufgabe bevor, die organisierten Arbeitermassen zu erziehen und zu schulen und für die große Aufgabe der Zukunft reif zu machen. Die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, die Neugestaltung unseres Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, die Erhebung des sozialen Neulands, das aus der Ferne zu uns herüberwinkt, alles das sind Aufgaben, die nur von einer geistig und moralisch hochstehenden Arbeitermasse gelöst werden können. Darum ist es nicht mehr ausreichend, daß die proletarische Bewegung in die Breite geht und sich zahlenmäßig ausdehnt, sondern es ist auch unbedingt nötig, daß sie in die Tiefe geht und daß sie den Boden, den sie unter den Pflug nimmt, auch gründlich beackert.

Es wäre allerdings eine Ungerechtigkeit, wollte man verkennen, welche große Erfolge die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit bereits aufzuweisen hat. Man braucht nur das Niveau der organisierten Arbeiter mit dem ihrer unorganisierten Kameraden zu vergleichen, um diesen Unterschied deutlich zu bemerken. Die kulturellen Fortschritte, die sich uns heutzutage in den unteren Volksschichten bemerkbar machen, kommen lediglich auf das Konto proletarischer Agitations- und Organisationsstätigkeit, da sie von den Ausbeutern und Volksausplünderern natürlich keine Förderung zu erwarten haben. Dennoch aber wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir auf unseren Vorbeeren ausruhen wollten, anstatt um neue Erfolge zu ringen. Das Gefühl der Zufriedenheit und Selbstgenügsamkeit, daß wir es — um mit dem Schüler des Doktor Faust zu reden — so herrlich weit gebracht haben, darf uns nicht zur Untätigkeit veranlassen, sondern es soll uns ein Ansporn sein, immer weiter zu streben und zu kämpfen. Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, daß alles das, was wir bislang geleistet und erreicht haben, nur die Anfänge, gewisse weichen die Reime der Kultur- und Volksentwicklung sind. Und wenn auch hin und wieder von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung geredet wird, so wissen wir doch ganz genau, daß uns noch weite Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen, und daß sich noch ein riesiges Feld praktischer Gewerkschaftsarbeit vor unseren Blicken ausbreitet. Erst dann werden die Gewerkschaften auf der Höhe sein, wenn sie nicht nur möglichst alle Angehörigen einer Branche in sich schließen, sondern wenn sie auch durch eine planmäßige Schulung die Mitglieder zu wohl-disziplinierten Klassenkämpfern erzogen haben. Bis dahin wird aber noch viel Mühe aufzuwenden sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie hat, wenn man die Berichte der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise in Betracht zieht, in dem Monat März eine Verbesserung erfahren. Die Besserung, die sich zunächst in einer Verminderung des Andranges der Arbeitslosen äußert, pflegt sich regelmäßig in den ersten vier Monaten des Jahres einzustellen, um dann wieder abzuflauen. Gegenüber dem Stande der Arbeitslosigkeit in den beiden ersten Monaten des Jahres war aber die Besserung im März dieses Jahres nicht so erheblich als im Vorjahr. Das kommt jedoch daher, daß schon der Januar 1911 mit einer bedeutenden Besserung eingeseht hat. Auf je 100 offene Stellen betrug der Andrang:

	Januar	Februar	März
1910	81,9	284,9	167,8
1911	240,8	200,7	148,8
Abnahme	70,1	81,2	19,0

Die Lage des Arbeitsmarktes wird bestimmt durch den Andrang der Arbeitsuchenden und das Stellenangebot. Während nun das Angebot von Arbeitskräften gegenüber

dem Monat Februar keine nennenswerte Veränderung erfahren hat, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften ganz bedeutend gestiegen. Seht man die Zahl der offenen Stellen im Januar 1910 gleich 100, dann ergibt sich für die drei letzten Monate der Jahre 1910 und 1911 das folgende Bild:

	Januar	Februar	März
1910	100,00	180,52	187,77
1911	148,75	178,61	284,11

Die amtliche Arbeitsmarktstatistik unterscheidet vier Gruppen von Holzarbeitern, nämlich 1. Tischler und Maschinenschnitzler einschließlich Parkettbodenleger, 2. Drechsler, Holz- und Weindreher und Bildhauer, 3. Würtcher, Möbler, Küfer und 4. Würtchen, Stämm-, Korbmacher, Vergolder und übrige einschlägige Berufe. Vergleicht man die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Gruppen in den drei ersten Monaten des Jahres 1911, dann ergibt sich, daß auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende kommen:

	Januar	Februar	März
Tischler	288,8	198,81	150,48
Drechsler	224,5	220,84	164,17
Würtcher	249,1	208,16	244,08
Würtchenmacher usw.	200,8	198,54	118,19

In den zu unserem Verband gehörigen Branchen zeigt sich hier eine fortschreitende Besserung. Das Bild ändert sich jedoch, wenn man das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres vergleicht. Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	Januar	Februar	März
Tischler	1910 308,1	282,4	169,0
	1911 288,8	198,8	150,4
Zu- oder Abnahme	- 80,8	- 84,1	- 18,0
Drechsler	1910 282,6	175,1	155,7
	1911 224,5	220,8	164,2
Zu- oder Abnahme	- 58,1	+ 45,7	+ 8,5
Würtchenmacher usw.	1910 271,7	284,6	185,8
	1911 249,1	198,5	118,2
Zu- oder Abnahme	- 22,6	- 41,1	- 17,1

Bei den Tischlern ist zwar in allen drei Monaten eine Besserung zu konstatieren, doch ist der Grad der Besserung seit Januar bedeutend gesunken. In der Drechslerei war der Arbeitsmarkt im Januar bedeutend günstiger als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Februar brachte jedoch eine sehr erhebliche Verschlechterung, und wenn sich der März auch wieder günstiger gestaltete, so blieb er doch noch hinter dem Vorjahr zurück. In der Gruppe, welche die Würtchen-, Stämm- und Korbmacher, Vergolder usw. umfaßt, sind die Schwankungen minder groß. Der Arbeitsmarkt war in allen drei Monaten günstiger als im Vorjahr, am stärksten war die Besserung im Februar.

Mit dem Bild des Arbeitsmarktes, welches sich aus den Berichten der Arbeitsnachweise ergibt, stimmt übrigens das Ergebnis der Arbeitslosenanzahlungen in unserem Verbandsgebiet nicht überein. Es wurden nämlich Arbeitslose gezählt in Prozenten der Mitgliederzahl:

	Januar	Februar	März
1910	8,68	2,72	2,82
1911	4,20	8,40	2,52

Hiernach hätte die Arbeitslosigkeit in allen Monaten gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine Zunahme erfahren, die allerdings im März am geringsten war. Für die auffallende Unstimmigkeit zwischen den beiden Zählungen ist eine blühende Erklärung schwer zu finden. Auf das Moment, daß die Arbeitsnachweise für den ganzen Monat berichten, während im Verband nur der Stand der Arbeitslosigkeit am letzten Tage des Monats festgestellt wird, haben wir schon hingewiesen. Dazu könnte noch der Umstand kommen, daß anscheinend einige Arbeitsnachweise in Großstädten der Berichterstattung an das Reichsarbeitsblatt nicht angeschlossen sind. So fehlt zum Beispiel der paritätische Arbeitsnachweis für die Holzindustrie in Berlin mit seinem großen Ueberangebot an Arbeitskräften in der Liste der berichtenden Nachweise. Wir begnügen uns, auf diese Fehlerquellen hinzuweisen, ohne damit sagen zu wollen, daß sie zur Erklärung der Unstimmigkeit völlig ausreichen.

Immerhin ergibt sich aus den Zählungen unzweifelhaft, daß sich der Geschäftsgang gebessert hat, und diese Besserung hat auch die Unternehmungslust angeregt. Während im März 1910 in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die zur Holzindustrie zählen, nur 550 000 M. neu investiert wurden, betrug die neuinvestierte Summe im März 1911 954 500 M. Allerdings ist diese Summe noch kleiner als im März

1909, wo sie 1 085 000 Mk. betrug, und im März 1908, wo für diesen Monat der Höchststand der letzten sechs Jahre mit 1 878 000 Mk. erreicht wurde. Bemerkenswert ist, daß es sich bei den Neugründungen im laufenden Jahre in der Hauptsache um Neugründungen handelte. In der Zeit vom Januar bis März 1911 wurden 20 Gesellschaften mit einem Kapital von insgesamt 1 888 500 Mk. neugegründet, während nur 6 Gesellschaften ihr Kapital um insgesamt 410 000 Mk. erhöhten. Diese Zurückhaltung in der Ausdehnung der bestehenden Gesellschaften läßt darauf schließen, daß die Kapitalisten die Aussichten in der Holzindustrie nicht besonders günstig beurteilen.

Die im Monat März erfolgten Neugründungen sind durchweg Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Darunter befinden sich die folgenden Firmen: Carosche Schebera in Berlin, Gesellschafter Ernst Schebera, Stammkapital 155 000 Mk. A. Jaskinski in Berlin, Herstellung und Vertrieb von Pianos und Klavierbestandteilen, Gesellschafter Oskar und Hugo Jaskinski, Stammkapital 100 000 Mk. Tischlerei-Gesellschaft in Posen, Gesellschafter Jan und Stanislaw Plucinaki, Stammkapital 50 000 Mk. Heinrich u. Co. in Rudenwalde, Gesellschafter Hermann Heinrich und Richard Schulze, Stammkapital 22 500 Mk. Bohumer Tischfabrik, Gesellschafter Otto Bouele und Louis Odning, Stammkapital 20 000 Mk. Telephonzellen-Fabrikations-Gesellschaft Gln, Gesellschafter David Michalowski und Franz Hartmann, Stammkapital 20 000 Mk. Deutsche Zellulosewaren-Industrie in Hannover, Gesellschafter Ernst Schuberl, Stammkapital 20 000 Mk. E. Ränger, Möbelfabrik in Berlin, Gesellschafter Leonhard Krämer, Stammkapital 20 000 Mk. — Kapitalserhöhungen fanden im März statt bei der Usarera Möbelfabrik von 100 000 Mk. auf 180 000 Mk., der Norddeutschen Wurstfabrik vorm. Riedke u. Stoltefuß in Lübeck von 150 000 Mk. auf 175 000 Mk., und bei Otto Marquardt u. Co., Flügel- und Pianofortefabrik in Berlin, von 100 000 Mk. auf 120 000 Mk.

In den drei ersten Monaten des Jahres haben elf Aktiengesellschaften der Holzindustrie ihre Geschäftsergebnisse bekanntgegeben. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften beträgt zusammen 7 887 000 Mk., die ausgeschüttete Dividende 729 000 Mk. = 9,3 Proz. gegen 7,4 Prozent, welche dieselben Gesellschaften im Vorjahre verteilt haben. Von sechs dieser Gesellschaften wurde der Geschäftsbericht im März veröffentlicht. Bei diesen Gesellschaften handelt es sich um ein Aktienkapital von 2 937 000 Mk. Die ausgeschüttete Dividende beträgt 227 000 Mk. oder 7,7 Proz. gegen 5,3 Proz. im Vorjahr. Die Geschäftsergebnisse sind also ganz bedeutend günstiger geworden. Die Aktiengesellschaft Hansborg in Hadersleben verteilte wie im Vorjahr 8 Proz. Die Zellulosefabrik Hof konnte 15 Proz. (im Vorjahr 10 Proz.) verteilen. Dagegen hatte die Bremer Holzühle N.-G. in Bremen einen so starken Geschäftsrückgang zu erleiden, daß die Dividende von 20 Proz. auf 4 Proz. sank. Sehr rentabel gestaltete sich der Betrieb der Bayerischen Zellulosewaren-Fabrik vorm. Albert Wacker in Nürnberg, die 13 Proz. Dividende verteilen konnte, gegen 5 Proz. im Vorjahr. Die Holzindustrie Hermann Schütt N.-G. in Gersfeld arbeitet nach wie vor mit Verlust, doch ist dieser von 143 535 Mk. im Vorjahr auf 88 861 Mk. zurückgegangen. Das erste Geschäftsjahr der Schocke-Werke N.-G. in Kaiserslautern brachte ein recht günstiges Ergebnis, so daß 10 Proz. Dividende verteilt werden konnte. Die Bremer Möbelfabrik N.-G. in Bremen hatte bei 550 000 Mk. Aktienkapital 150 000 Mk. Hypotheken und 500 Mk. Reserven, nachdem 2844 Mk. abgeschrieben waren, nur 274 Mk. Gewinn. Eine Dividende wurde nicht verteilt. Schließlich seien noch die Vereinigten Säge- und Hobelwerke N. Schaaf u. Co. N.-G. in Nettel, genannt, welche mit 1 100 000 Mk. Aktienkapital und 198 000 Mk. Hypotheken arbeiten. Während die Gesellschaft im Jahre 1909 noch einen Gewinn von 46 088 Mk. brachte, schloß das Geschäftsjahr 1910 mit einem Verlust von 194 632 Mk. ab.

Die Berliner Unternehmer über das Wirtschaftsjahr 1910.

Die Berichte, welche die „Ältesten der Kaufmannschaft“ von Berlin alljährlich über den Stand und die Entwicklung von Handel und Industrie in der Reichshauptstadt herausgeben, beschränken sich nicht auf Berlin allein, sondern schildern auch die hundertfachen Fäden, welche die Riesengroßstadt mit dem übrigen Deutschland und dem Auslande verbinden. Bei der Bedeutung, welche Berlin innerhalb der deutschen Holzindustrie hat, verdienen diese Berichte für uns besondere Bedeutung. In ihnen kommen die Ansichten des Unternehmertums über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck.

Nach dem „Jahrbuch“ hat das Jahr 1910 die auf dasselbe gesetzten Erwartungen nicht voll erfüllt. Der langsame Aufstieg des Jahres 1909 berechnete zu weitergehenden Hoffnungen. Selbst aber in den Industrien, die eine günstige Entwicklung zu verzeichnen hatten, war der Erfolg, d. h. in diesem Falle Gewinn, nicht befriedigend, indem die Herstellungskosten stiegen, während ein Gleiches sich bei den Verkaufspreisen nicht allgemein ermöglichen ließ.

Die Bautätigkeit, die einen wesentlichen Einfluß auf die Geschäftslage in der Holzindustrie ausübt, hat sich zwar etwas gehoben, doch hatten einige unsoliden Unternehmungen sowie die Unstille des langen Kreditgebens einige Zusammenbrüche von Holzfirmen und Baufabriken zur Folge. Die Zahl der erteilten Bauverträge stieg von 2500 in den Monaten Januar bis September 1909 auf 3061 in der gleichen Zeit des Berichtsjahres. Die Preise der Baufacharbeiter waren am Jahreschlusse so gedrückt, daß es bei richtiger Kalkulation sehr schwer war, Aufträge zu erhalten.

In der Galustiefabrikation verlief das Geschäftsjahr 1910 viel günstiger als das vorhergehende. Der Umsatz erfuhr eine beträchtliche Steigerung, sowohl was das Geschäft mit Groß-Berlin, als mit der Provinz anbelangte. Selbst das Ausland brachte einige bedeutende Aufträge zu guten Preisen ein, nach Frankreich liefen sich allerdings die Lieferungen nur dadurch aufrechterhalten, indem die Waren roh abgeliefert und erst dort gestrichen wurde, da die neuen Zölle für gestrichene Holzwaren außerordentlich erschwerend wirkten.

Die Möbelindustrie weist zwei charakteristische Merkmale auf, die uns übrigens recht erfreulich erscheinen. Erstens: die Kundenschaft stellt höhere Ansprüche an die Ware und will die Massenartikel nicht mehr kaufen. Selbst mittlere Kundenschaft zieht mehr und mehr Einzelanfertigung vor. Dieser Zustand ist allerdings der fabrikmäßigen Herstellung weniger günstig und werden die sonst riesigen Lager bei den Fabrikanten und Händlern überflüssig, ja drückend. Die Fabrikanten und Händler, die sich auf den Engrosverkehr eingerichtet hatten, mußten einen Rückgang zum Teil bis zur Hälfte des früheren Umsatzes konstatieren. An diesen Umständen dürfte allerdings auch die allgemeine Abwanderung der Kundenschaft in die Provinz mit Schuld sein. Dagegenüber ist aber das Detailgeschäft der Fabriken gestiegen.

Das zweite Merkmal des Berichtsjahres ist das Bestreben, den Zwischenhandel in Möbeln auszuschalten, wie solches der Berichterstatter des Jahrbuches festgestellt haben will. Diese Erscheinung dürfte nun weniger auf den bösen Absichten der Tischlermeister beruhen, als einfach eine Folge des Vorhergesagten sein. Das immer mehr zutage tretende Verlangen der Käufer, persönliche Ansprüche und Wünsche an die Möbeleinrichtung zu stellen, muß natürlich diese Käufer mehr zum Produzenten als zum Händler führen. Das „Jahrbuch“ bezeichnet von seinem Gesichtspunkte aus das Streben, den Zwischenhandel auszuschalten, als „ungefährlich“, weil dies für den Bestand des Tischlergewerbes schädlich sei.

Die Materialien der Möbelindustrie sind im Steigen begriffen, so vor allem Mahagoni, Eichen- und Birkenholz, sowie die Metallwaren. Doch sind hier teilweise auch die höheren Qualitätsanforderungen die Ursache der Preissteigerungen. Im Export haben sich Holland, die Schweiz, die nordischen Länder und Spanien als Käufergang verloren, während Rußland und Südamerika wesentlich bessere Möbel bezogen. Im Stil überwiegt die Neigung zum Modernen, wobei nuerdings Schnitzerei und Profilierung wieder reicher angewandt wird. Sehr reiche Leute kaufen allerdings mehr prunkvolle, teure Möbel in den alten Stilkarten.

Gute Tischler fehlen angeblich immer, ebenso gute, zuverlässige Arbeiter aller Branchen. Zur Beseitigung dieses Mangels wird eine Aenderung des Schulsystems in Erwägung gezogen. „Die heutige Schule, die durch Zwang und Strafe die Kinder zum Lernen treibt, soll durch eine Schule ersetzt werden, die die Kinder aus eigenem Antriebe und an der Freude am Lernen und Erfahren lernen läßt. Daß das möglich ist, ist bereits erprobt.“ Das klingt einmal recht vernünftig, wird allerdings auch zur Bedingung haben, daß dem eine Reform der Meisterlehre folgt, die dem Jungen ein wirkliches Erlernen seines ganzen, vielseitigen Handwerkes ermöglicht.

Bezüglich der Erneuerung der Tarifverträge muß der Bericht anerkennen, daß eine Lohnaufbesserung notwendig war, denn es heißt: „Für Berlin konnte angelehnt der bestehenden Feuerung eine Lohnerhöhung nicht abgeschlagen werden.“

Die Branchen der Labeneinrichtungen und Kontormöbel klagen wie in den Vorjahren über schlechten Geschäftsgang. Erstere berichtet, daß die Lieferungen nach auswärtig von circa 75 Proz. der Produktion im Jahre 1906 auf jetzt 10 Proz. zurückgegangen sei.

Die Schulmöbelfabrikanten fühlten sich durch die Konkurrenz beschäftigungsloser Betriebe der Baubranche bedrückt, während bei der Herstellung von Leitern die Kleinfabrikanten zu Preisen verkauften, die kaum die Selbstkosten deckten. Der Bericht führt das Falliment einiger Betriebe auf diesen Mißstand zurück. Der Kleinmeister als Feind des Gewerbes! Die Parlettgeschäfte wissen über eine Steigerung des Umsatzes zu berichten, der aber im Herbst merklich abflaute.

Im Stellmachergerwerbe tritt der Wapperebespannter Wagen immer mehr gegenüber dem Automobilbau zurück. Letzterer war gut beschäftigt, doch macht sich immer mehr das Eindringen billigerer Fabrikate aus der Provinz bemerkbar.

Die Goldbleistiftfabrikation erfuhr in der zweiten Hälfte des Jahres eine Besserung, die sich zum Jahresende noch steigerte. Das Exportgeschäft verlief befriedigend, doch verschlechterte sich die Ausfuhr nach England. Außerdem wirkt die Zollpolitik ungünstig auf die Branche. Die durch die Arbeiter erzwungenen Lohnerhöhungen werden ebenso als „drückend“ empfunden und

wird es von dem weiteren Geschäftsgange abhängen, ob die momentan geschaffenen drückenden Verhältnisse über die Vertragsdauer bestehen bleiben können.“ Das sollten sich die Vergolder merken, um rechtzeitig ihre Organisation zu kräftigen!

In der Ristenfabrikation verursachte eine Lohnbewegung, hervorgerufen durch die allgemeine Verteuerung sämtlicher Lebensmittel“ (also zugestandenermaßen nicht durch „gewissenlose Speck!“), Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Rostbleistiftfabrikanten klagen darüber, daß die Bestände in Profilleisten infolge der herrschenden Moderation beinahe unverkauflich sind, während Perlstäbe und Wellenleisten verlangt wurden.

Die Herstellung von Korbbwaren ist im Verhältnis ziemlich unbedeutend. Von Zugusartikeln werden nur noch Blumenkörbe am Orte angefertigt, alle anderen Sachen kommen aus Oberfranken. Kinderwagen liefern Belgien und Brandenburg; Meise- und Wirtschaftskörbe wurden vielfach, wenn auch in minderer Qualität, aus Rußland und Galizien eingeführt.

Einen erfreulichen Aufschwung kann die Pianofortefabrikation melden. Hier scheint die jahrelange Krise überwunden zu sein, doch zeigt sich im Auslande immer mehr das Bestreben, die Musikinstrumente selbst herzustellen. Vorkäufig soll allerdings die Ueberlegenheit der deutschen Fabrikate noch auf lange Zeit gesichert sein. Den Arbeitern müßten teilweise „recht bedeutende Zuschläge“ gewährt werden, wo diese „gestützt auf ihre Organisation“ Forderungen stellen. Allerdings würde es den Arbeitern „in Anbetracht der neuen Steuern und der Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht verbacht werden, wenn sie sich nach höherem Verdienste umsehen.“ Trotzdem hätten vielfach die Verhandlungen direkt abgelehnt werden müssen, weil die Forderungen „zu hoch“ waren. Der Umsatz an selbstspielenden Pianos ist wiederum gestiegen. Der Export, der sich hauptsächlich auf Übersee erstreckt, ist im Berichtsjahre gestiegen. Entsprechend dem guten Stande der Mutterindustrie waren auch die Pianomechanik- und die Klaviaturenfabrikation voll beschäftigt.

Eine Wandlung in dem zu verarbeitenden Material hat sich allmählich in der Berliner Knopffabrikation vollzogen. Hergestellt werden hauptsächlich die großen Knöpfe für Damenmäntel und Jacken, und wird hier das Perlmutter immer mehr durch Gatalith (Kunsthorn) verdrängt. Die Betriebe waren gut beschäftigt.

Die Wurstindustrie gehört zu den kleinsten in unserem Berliner Interessengebiet, für sie ist der Berliner Boden zu teuer, um rationell produzieren zu können. Der Bericht behandelt deshalb auch mehr den Handel als die Erzeugung. Es wird konstatiert, daß der Handel leider nur in den billigsten Qualitäten eine Steigerung erfuhr. Die Hersteller klagen über die Konkurrenz der städtischen Wurstanstalt, die im Jahre 1910 allein 200 000 Mark Umsatz erzielte.

Die Holzindustrie gehört in Berlin zu den bedeutendsten Industriezweigen, wie andererseits wiederum die Berliner innerhalb der deutschen Holzindustrie hervorragt. Wie aus den einzelnen Berichten hervorgeht, ist der wirtschaftliche Aufschwung noch keineswegs in allen Branchen zu verspüren. Teilweise ist sogar die Produktion in die Provinz mit ihren billigeren Lebensverhältnissen verlegt worden und macht nun der Mutterstadt Konkurrenz. Am schwersten wirken diese Veränderungen auf unsere Kollegen, die darauf mit häufigen Arbeitslosigkeit quillenden müssen. Um so dringender notwendig ist für sie die gewerkschaftliche Organisation, um wenigstens gegen die schlimmsten Begleiterscheinungen solcher Wandlungen geschützt zu sein.

Bruder Bernegroß.

Der kleine Bruder Bernegroß will immer noch nicht zugeben, daß ihm der große Gut nicht paßt, kraft dessen der christliche Holzarbeiterverband unter den Organisationen in der Holzindustrie vorneanstelt.

Bruder Bernegroß will recht haben, recht um jeden Preis. Und so rechnet er denn, rechnet, bis er den Schein für sich hat, selbst wenn sich dabei die Wägen biegen. Unsere Feststellung in Nr. 18 hat es ihm angetan. Diese ergab bekanntlich, daß pro eingezahlte Beitragsmark in unserem Verband 64,24 Pf. als Unterstützung verwendet werden, während im christlichen Verband die Mitglieder nur 88,69 Pf. als Unterstützung zurückerhalten, während umgekehrt in den Verwaltungskosten die Christen mit 18,17 Pf. gegen 11,82 Pf. bei uns voraus sind.

Solche Feststellungen sind unangenehm, zeigen sie doch besser als viele Worte, welche Organisation ihren Mitgliedern die größten Vorteile bietet. Weil er nicht anders kann, muß freilich unser christlicher Bruder zugeben, daß „je größer eine Organisation ist, desto geringer die Verwaltung- und Agitationsausgaben im Verhältnis zu den Gesamtausgaben werden.“ Das ist zweifellos richtig, und mer diesem Gedanken weiter folgt, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß es schon rein rechnerisch eine Bereicherung der Arbeitergroßen ist, wenn man neben der bestehenden, anerkannt leistungsfähigen Organisation ein kleines Verbändchen weiter kultiviert, ganz abgesehen davon, daß dadurch die direkte Stokkraft der Arbeitererschaft geschwächt, weil zersplittert wird. Den Hintermannern der christlichen Gewerkschaften ist freilich eben diese Begleiterscheinung nicht unwillkommen.

Nun sagt allerdings der christliche „Holzarbeiter“ zur Verteidigung seines hohen Prozentsatzes an Verwaltungskosten

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Altensteig, Annen i. Westf. (Reichwald), Bonn (Pianofabrik Köhling), Crivitz, Danzig (Willsdorf, Schichauwerft), Darmstadt (Glaserbetriebe), Detmold (Pöhlitz Möbelwerk Gebr. Braun), Diepholz, Dürkheim, Elberfeld, P. Armen (Webstuhlweiner), Fiddichow (Saberland), Finsterwalde (Weise), Forst i. Lausitz, Hamburg, Hannover (Dyes u. Co.), Hennigsdorf i. Mark, Holzgerlingen, Haspe (Heinrich Sarthe), Kellheim i. Taunus, Käl n. a. Rh. (Waggonfabrik Herbrand), Leubsdorf i. S., Liegnitz, Lütgendortmund (Schmann), Münden a. Deister, Münster i. W. (Klode, Averbick), Nadel a. Meße, Neuenburg i. Oldenb., Neustadt i. Redl., Oberberg i. W. (Möbelfabrik Teichert), Oherdruf, Oranienburg, Oschatz, Osnabrück (Nawie), P. archim, Pasewalk, P. schlau, Singen (Amt Konstantz), Weinheim (Schwab und Bosh u. Co.), Weihenstadt, Worms, Zerbst, Züllichau (Luzumöbelfabrik Werdermann), Zogen i. Tirol, Zuzern und Zürich i. Schweiz, Dänemark, Paris.

Slaviermachern nach Gera N. J. L. (Späthe), D. a. b. r. u. d. (Nawie), Modellmachern nach Chemnitz, Essen-Kray (Westdeutsches Eisenwerk), Zürich i. Schweiz (Schueler), Korbmachern nach Wulsdorf, Selsingborg in Schweden, S. n. o. p. s. m. a. c. h. n. e. n. nach Frankenhausen, Stellmachern und Wagenbauern nach Gagen i. Westf. (Waggonfabrik), Käl n. a. Rh. (Waggonfabrik Herbrand), Stadtmachern nach Hamburg, Wald i. Rhld. (Karl Breithaupt), Parkettlegern nach Dresden (Heine), Drechsler und Polierern nach Reinfeld i. Holstein, Waltershausen i. Th. (Pfeifenfabrik Thieme), Züllichau (Werdermann), Stuhlmachern nach Mabenau, Weinheim (Bosh u. Co.), Leitermachern nach Schönwalde i. Mark, Sägen und Hilfsarbeitern nach Memel, Weihenstadt.

festen, daß seine Angestellten mehr für die Kollegen leisten als die unseren. Das sollen die Fortschritte beweisen. Ende 1900 hatte unser Verband 114, der christliche 17 Angestellte; der „Holzarbeiter“ berechnet, daß unsere Mitgliederzunahme im Jahre 1910 pro Angestellter 118, die christliche dagegen 123 betrage. Seht also, ihr roten Brüder, was wir für Werte sind! Wenn wir schon an sich diese Vergleiche nicht gelten lassen können, weil die Mitgliederzunahme doch zum großen Teil von ganz anderen Dingen abhängt als von der Zahl der Angestellten, zum anderen aber bei dem großen Umfang unserer Organisation ein größerer Teil der Angestellten durch die Lohnbewegungen wie andererseits durch das reine Verwaltschaftswesen in Anspruch genommen wird, haben wir alle Angehörigen bei den Christen mangels anderer Beschäftigung nichts weiter zu tun, als Mitglieder zu werden.

Ja, die Folgerung verwandelt sich in das Gegenteil, wenn wir berechnen, daß bei den Christen Ende 1900 auf 605 Mitglieder ein Angestellter, bei uns aber erst auf 1392 Mitglieder ein solcher kommt. (11.812 Mitglieder 17 Angestellte bzw. 151.827 gleich 114.)

Aber wenn der kleine Gernegroß sich aus den mitleidigen Verwaltungskassen nicht so gut herauswinden kann, bei der Hauptfrage, den Unterstützungen, glaubt er, gelänge es ihm sicherer. Darauf, daß unser Verband pro Mitglied und pro Mark gezahlten Beitrag mehr an Unterstützungen leistet als er, kommt es gar nicht an. Das liegt daran, daß unsere Mitglieder nicht so tüchtig seien wie die seinen und deshalb eben wären sie öfter arbeitslos und müßten die Verbandskasse in Anspruch nehmen. Also nun müßt ihr es, ihr Opfer der Wirtschaftskrise, es liegt nicht an der Lage des Arbeitsmarktes, wenn ihre keine Arbeit findet, sondern an eurer beruflichen Unfähigkeit.

Wer etwas Einsicht hat, wird die zahlreicheren Arbeitslosensfälle in unserem Verband leicht daraus erklären können, daß das Gros unserer Mitglieder in den größeren Industriezentren sitzt, in denen die Arbeitslosigkeit häufiger und schärfer auftritt als in mehr weltentlegenen Orten. Worauf es nun aber bei allen Vergleichen der Leistungsfähigkeit nach dem christlichen „Holzarbeiter“ ankommt, das ist: wieviel der einzelne Arbeitslose pro unterstützten Tag von der Organisation erhält. So hat denn Bruder Gernegroß gerechnet und gerechnet und schließlich gefunden, daß der große Stroh und Put ihm tatsächlich passen, aber — dabei bogen sich die Balken wirklich durch. Doch lassen wir den „Holzarbeiter“ selber reden:

Im Jahre 1910 waren die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes an 542361 unterstützungsberechtigten Tagen arbeitslos. Ausgezahlt wurden für diese

Tage 908760,02 Mk. Pro Tag ergibt das eine Arbeitslosenunterstützung von 1,20 Mk. Der christliche Verband zahlte für 17602 Tage Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 25781,20 Mk. aus, mithin pro Tag 1,47 Mk. Der christliche Verband zahlte also pro Arbeitslosentag 18 Pf. mehr als der rote Verband. Diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen.“

Wirklich nicht, verehrter Bruder in Christo? Wir glauben doch! Wenn man nämlich mit Adam Riese auf einigermaßen gutem Fuße steht, so ergibt sich: 908760,02 Markt geteilt durch 542361 gleich 1,84 Mk. und nicht 1,20 Mk., ferner 25781,20 Mk. geteilt durch 17602 gleich 1,404 Mk. oder nach den üblichen Regeln abgerundet 1,40 Mk. Also: der christliche Verband zahlte pro Arbeitslosentag 88 Pf. weniger als der rote Verband! Wer ist nun die leistungsfähigste Organisation in der Holzindustrie?

Nach diesen Proben können wir uns wohl schenken, auf die Angabe wegen der höheren Entlohnung der freigestellten Kollegen in unserem Verbands einzugehen. Die christlichen Mitglieder müssen ja wissen, wie hoch sie die Arbeitskraft ihrer Angestellten einschätzen, und die obige Rechenprobe scheint die tatsächliche Bewertung zu rechtfertigen.

Aber wir wollen einmal den Spieß umdrehen und sehen, welche Organisation unter den kulantesten Bedingungen, das heißt in den meisten Fällen, Unterstützung gewährt. Auch hier soll die Wirklichkeit reden. Nach dem „Reichsarbeiterblatt“ sind im Jahre 1910 in unserem Verbands von 777111 arbeitslosen Tagen 542361 unterstützt worden, d. i. 69,8 Proz. der Tage, im christlichen Verband wurden von 45202 Tagen 17602, das sind 38,9 Proz., unterstützt. Also: von je 8 arbeitslosen Tagen erhielten die Mitglieder des christlichen Verbandes für 1 Tag, die des unseren für 2 Tage Unterstützung. Das dürfte vielleicht zum Teil mit darauf zurückzuführen sein, daß im christlichen Verband Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in gewissen Grenzen gegeneinander aufgerechnet werden können, also eher zur Aussteuerung führen als bei uns. Während unsere Mitglieder beide Unterstützungen nacheinander bis zur Höchstsumme jeber erheben können.

Aber ein Trost, glaubt der kleine Bruder, müsse ihm bleiben, er habe eine höhere Prozentzahl von tariflich geregelten Orten mit hohen Lohnsätzen als wir. Aber auch das ist christliche „Spiegelfechterei“. Er hat seine Domäne im Rheinland, das von jeher in den Löhnen höher stand als die östlichen Provinzen und die deutschen Gebirgsgegenden und ist im übrigen, wenn auch mit kleiner Personenzahl, in einigen größeren Orten an Tarifen beteiligt, deren Löhne unser Verband in langen Mühen hochgebracht hat. Unser Verband dagegen greift immer weiter in die Provinz, in kleine Orte ein und erobert tarifliches Neuland, wo die Löhne naturgemäß zunächst noch niedriger erscheinen müssen.

Die Beweisführung des kleinen Bruders ist also gründlich mißglückt und am schlimmsten in seinem Hauptargument, der Höhe der tatsächlich gezahlten Arbeitslosenunterstützung pro Tag. Es bleibt also auch künftig dabei, und der christliche „Holzarbeiter“ wird gut tun, sich damit abzufinden:

Der deutsche Holzarbeiterverband ist nicht nur die führende, sondern auch die leistungsfähigste Organisation in der Holzindustrie!

Soziales.

Der Schnapsboikott wirkt!

Die Wirkung des Schnapsboikotts tritt deutlich in Erscheinung in der kürzlich veröffentlichten amtlichen Statistik über die Branntweimbrennerei und Besteuerung für das Betriebsjahr 1909/10. Das neue Branntweinsteuergesetz ist bekanntlich am 15. Juli 1909 in Kraft getreten und wenige Monate später hat der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig den Schnapsboikott beschlossen. Die Folge dieser Maßnahme zeigte sich bald in einem bedeutenden Minderverbrauch von Branntwein, der von Monat zu Monat konstatiert werden konnte. Der Nachweis für das ganze erste Betriebsjahr läßt erkennen, daß die gesamte Alkoholproduktion gegenüber dem Betriebsjahr 1908/09 um 613232 Hektoliter, von 4255121 auf 3641889 Hektoliter, also um 14,4 Proz. zurückgegangen ist. Von diesem Produktionsrückgang sind hauptsächlich die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien betroffen, bei welchen die Minderproduktion 470828 Hektoliter beträgt.

Zur Benutzung zweck wurden in den freien Verkehr gesetzt im Jahre 1908/09 2650622 Hektoliter, 1909/10 aber nur 1788027 Hektoliter, also um 867595 Hektoliter weniger. Während 1908/09 noch 4,21 Liter auf den Kopf der Bevölkerung kamen, beträgt der Trinkbraunntweinverbrauch im Jahre 1909/10 nur noch 2,81 Liter, er hat sich also um ein volles Drittel vermindert. Daß dieser Rückgang kein zufälliger war, geht daraus hervor, daß der Branntweinkonsum in den letzten 20 Jahren zwischen 3,8 und 4,7 Liter auf den Kopf der Bevölkerung geschwankt hat, und zwar betrug die größte Schwankung von einem Jahre zum anderen nur 0,81 Liter. Der gewaltige Rückgang im letzten Jahre darf als Erfolg des von der Arbeiterschaft proklamierten und durchgeführten Schnapsboikotts gebucht werden. Dieses Erfolges dürfen wir uns um so mehr freuen, als nicht nur das Junkertum dadurch getroffen wird, welches aus der Schnapsproduktion und der Diebesgabenpolitik ein gut Teil seiner wirtschaft-

lichen Macht schöpft; der Minderverbrauch an Alkohol gereicht auch der Arbeiterschaft direkt zum Segen.

Der Arbeiter, der sich des Schnapsgenusses enthält, wird durch die dabei gemachten Ersparnisse in die Lage versetzt, seine Ernährung zu verbessern, ganz zu schweigen von der moralischen Hebung der Arbeiterschaft, die, statt im Aufschrausch ihr Geld zu betäuben, Verständnis für höhere Genüsse zeigt und das Bedürfnis empfindet, sich solche zu verschaffen. Die Enthaltensamkeit vom Schnaps macht die Massen begehrt. Das dürfen wir ruhig aussprechen. Aber diese Begehrtheit ist im Interesse des Kulturfortschrittes auf das lebhafteste zu begrüßen, so unangenehm sie auch den in kurzfristigem Egoismus besonnenen Angehörigen der besitzenden Klassen ist. In diesem Sinne ist der Schnapsboikott auch ein gewerkschaftsförderndes Moment und wir haben vom Standpunkt als Gewerkschaftler alle Ursache, der Durchführung des Schnapsboikotts volle Aufmerksamkeit zu schenken. Um ein volles Drittel ist der Schnapskonsum im letzten Jahre zurückgegangen, aber die Stopfquote von 2,81 Liter ist immer noch erschreckend hoch. Sie kann und muß noch ganz bedeutend weiter herabgedrückt werden.

Die Hamburger „Produktion“ gehört zu den größten und leistungsfähigsten Konsumvereinen Deutschlands. Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für 1910 betrug die Mitgliederzahl am 1. Januar 1911 allein 49312. Der Warenumsatz erreichte im Berichtsjahre 18 Millionen Markt, gegen 10 Millionen Markt im Jahre 1909. Der Warenverteilung dienten 60 Verkaufsstellen, 19 Schlächterläden, acht Brotläden, 2 Grünwarenläden und ein Kohlenlager. Die „Produktion“ beschäftigte in der eigenen Schlächtereierei 190 und in der Bäckerei 78 Personen. Der Tischlereibetrieb umfaßte 17 Personen, deren Lohnsumme 60184 Mk. ausmachte. Die Tischler fanden ihre Beschäftigung, außer den bei einem solchen Großbetrieb sich stets ergebenden Veränderungen und Reparaturen, bei der Einrichtung neuer Läden wie bei der Herstellung der Genossenschaftshäuser. Die Genossenschaft besitzt nämlich allein 21 zum Teil bebauten Grundstücke, die einen Wuchwert von 5618546 Mk. darstellen. Die Gesamtzahl der beschäftigten Personen betrug am Schlusse des letzten Jahres 948. Die in der „Produktion“ organisierten Konsumenten sind somit in erheblichem Maße Arbeitgeber geworden, deren Arbeitsbedingungen vorbildlich sind.

Die Bautätigkeit in Wien hat in den letzten zwei Jahren eine Besserung erfahren. Die ausgeführten Neubauten erreichten im letzten Jahre die höchste Ziffer seit 10 Jahren. Daß eine lebhaftere Bautätigkeit eingesetzt hat, spürt man sofort in allen bei den Bauten in Betracht kommenden Branchen. Im laufenden Jahre dürfte sich die Situation noch günstiger gestalten. Nach den Berichten aus der Ziegelfabrikation sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits so viel Ziegel bestellt worden als im ganzen Jahre 1910. Ob die bessere Bautätigkeit auch auf die große Wohnungsnot einen wohltuenden Einfluß ausüben wird, mag billig bezweifelt werden, da die Bauunternehmer größtenteils große Wohnungen einrichten, die sich ein Arbeiter infolge der hohen Mietzinsen nicht nehmen kann. Diese stehen daher oft leer, während der Arbeiter keine Wohnung finden kann.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die Kandidatenlisten zur Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Dresden sind an alle Zahlstellen verandt worden. Die Wahl hat nimmehr in der Woche vom 21. bis 27. Mai an dem von der Zahlstellenverwaltung hierfür bestimmten Tage nach Maßgabe des von uns aufgestellten Wahlreglements stattzufinden, und zwar erfolgt die Wahl durch die Mitglieder in geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel in einem hierzu bestimmten Wahllokal. Wir fordern alle Mitglieder auf, die diesbezüglichen Bekanntmachungen ihrer Lokalverwaltung zu beachten und sich möglichst vollständig an der Stimmabgabe zu beteiligen. Die Lokalverwaltungen haben die Wahlprotokolle spätestens am 28. Mai an den Verbandsvorstand einzusenden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 20. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Es kommt immer wieder vor, daß Mitglieder die infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit in ihrem Mitgliedsbuch als beitragsfrei abgemerkelten Wochen später mit nachträglich gelösten Beitragsmarken überleben, um auf diese Weise frühzeitiger den Anspruch auf Unterstützungen zu erlangen. Das verstößt gegen § 15 des Statuts und ist deswegen unzulässig; gegen Mitglieder, welche auf diese Art naturwidrig Unterstützungen zu erlangen versuchen, wird mit dem Ausschluss aus dem Verband vorgegangen werden. Die Zahlstellenverwaltungen ersuchen wir, hierauf zu achten und im übrigen alle Beiträge, welche entgegen der Vorschrift in § 15 für die Dauer einer Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw. entrichtet wurden, in allen Fällen als unzulässig zu bezeichnen.

Mitglieder ausländischer Holzarbeiterverbände, welche in Deutschland in Arbeit treten, haben innerhalb 6 Wochen ihren Uebertritt in den Deutschen Holzarbeiterverband zu vollziehen. Die Lokalverwaltungen werden hierdurch ersucht, fortan die ausländischen Mitgliedsbücher der Betreffenden zur Umschreibung an die Hauptkassenzusenden. In den Zahlstellen selbst dürfen an übertretende ausländische Mitglieder neue Mitgliedsbücher fortan nicht mehr ausgestellt werden. Die Einbindung des ausländischen Mitgliedsbuches erbringt sich auch nicht, wenn der Kollege etwa ein Buch aus seiner früheren deutschen Mitgliedschaft bereits in Händen hat. In diesem Falle müssen beide Bücher zum Zwecke der Eintragung eingesandt werden.

- Nachstehende Mitgliedsbilder sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt.
- 122808 Willi Klammer, Tischler, geb. 19. 4. 75 zu Charlottenburg.
 - 205065 Kunigunde Geisler, Poliererin, geb. 22. 9. 77 zu Schellenberg.
 - 207064 Fritz Reithemer, Tischler, geb. 25. 8. 87 zu Verford.
 - 210877 Oscar Unglaube, Pantinenmacher, geb. 20. 9. 88 zu Orsburn.
 - 271614 Reinhold Viehl, Tischler, geb. 8. 11. 85 zu Holzhausen.
 - 401748 Hermann Döfler, Drechsler, geb. 11. 11. 81 zu Wolfersdorf.
 - 420022 Willi Schmidt, Tischler, geb. 12. 7. 89 zu Nothelstte.
 - 460200 Fritz Mohr, Tischler, geb. 29. 4. 90 zu Oels.
 - 460887 Johannes Rau, Tischler, geb. 7. 8. 85 zu Schöndorf.
 - 488230 Karl Schneider, Tischler, geb. 13. 8. 92 zu Gammstatt.
 - 488348 Paul Quoss, Tischler, geb. 19. 2. 77 zu Seltersdorf.
 - 510680 Karl Baumann, Stellmacher, geb. 1. 7. 89 zu Unterkay.
 - 536484 Julius Dantel, Tischler, geb. 4. 9. 86 zu Mibach.
 - 564485 Jean Brenner, Tischler, geb. 14. 9. 90 zu Düsseldorf.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Einbeck. Die Löhne schwanken hier zwischen 26 und 37 Pf. pro Stunde, letzten Satz erhalten nur wenige. Selbst verheiratete Kollegen gibt es, welche 30-32 und 34 Pf. erhalten. Die Herren Arbeitgeber machen mit den Kollegen, was sie wollen, und wer ihnen nicht paßt oder nicht genug arbeitet, wird an die frische Luft gefeßt. Daß solche Mißstände herrschen, liegt an uns selbst. Anstatt in die Vereinigungen zu gehen, laufen die Kollegen lieber den bürgerlichen Klimbimvereinen nach oder besuchen das Kino. So darf es nicht weiter gehen. Komme ein jeder in die Versammlungen, welche jeden ersten Donnerstag im Monat stattfinden.

Glensburg. In der einzigen Korbmacherei am Orte, der Firma Berg u. Schulze, werden noch Stundenlöhne von 35 bis 40 Pf. bezahlt. Einige Kollegen, die in ähnlichen die gasliche Stätte wieder verlassen haben, hatten glücklich 45 Pf. herausgehandelt. Die Inhaber verträufen immer auf die späteren Zulagen, die es aber nicht gibt. Es sollte deshalb jeder Neuanfangende gleich auf einen entsprechenden Lohn dringen.

Grimma. In der Stöckfabrik lassen die Betriebs- und Lohnverhältnisse noch manches zu wünschen übrig. Da die Firma öfters lästige Stöckdrechsler bei „hohen Löhnen“ verlangt, empfiehlt es sich, stets genauere Angaben zu verlangen und sich nicht auf leere Versprechungen zu verlassen. Sonnabends werden von den Drechslern oft Arbeiten verlangt, zu denen die Firma eigentlich einen Arbeitsburschen einstellen sollte. Wenn die Fabrik Löhne zahlt, mit denen sich auskommen ließe, würde sie Leute genug erhalten. Jetzt ist sogar ein neuer Werkmeister da, der erst lernen muß, Arbeiter anständig zu behandeln. Über alles das könnten die Arbeiter abwehren, wenn sie sich nur alle an den Verband halten wollten.

Homburg (Bezirk Rassel). In bürgerlichen Blättern werden oft Gefellen nach hier gesucht zu 24-25 Mk. Wochenlohn. Kommen dann die Kollegen in die Stelle, so erhalten sie 13 bis höchstens 21 Mk. Bei den teuren Lebensverhältnissen hier, die mit Ausnahme der Wohnungsmiete so hoch wie in einer Großstadt sind, kann natürlich ein Arbeiter dabei nicht auskommen. So wurde vor kurzem ein in Berlin angeworbener Polierer bitter enttäuscht. Ihm waren 25 Mk. und freies Reisegeld garantiert worden. Bei der Lohnzahlung jedoch erhielt er nur 18 Mk., und wurde ihm bedeutet, daß das Reisegeld nur bei genügender Arbeitsleistung erstattet werde. Dieser Fall möge den Kollegen zur Warnung dienen. Die Arbeitszeit beträgt noch 10 bis 10 1/2 Stunden. In der Lauheit und Schläppheit der Homburger Holzarbeiter ist unsere Zahlstelle leider eingegangen. Die Kollegen gehen lieber in allerhand örtliche Klimbimvereine, als daß sie auf die Verbesserung ihrer Lage bedacht wären. In einem Betrieb haben sich die Kollegen nun wieder alle organisiert und richten dem Arbeitgeber Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes ein. Der Arbeitgeber hat auch einige Zugeständnisse gemacht, beruft sich nun aber auf die Konkurrenz am Orte, da seien die Löhne noch viel niedriger. Besonders die Kollegen bei der Firma Dichtart sollten sich doch endlich aufrufen und gemeinschaftlich ihre Lage zu verbessern suchen.

Krefeld. Durch Einführung einer neuen Arbeitsmethode wurden in der Bürstenfabrik G. W. Carl Schumacher die Löhne um zirka 20 Proz. reduziert. Den Kollegen gelang es jedoch infolge einer vorzüglichen Organisation, diese Reduzierung abzuwehren und einen neuen Tarif durchzuführen. Die Firma versucht jetzt, die dort beschäftigten Kollegen durch neue zu ersetzen, um alsdann wieder die Löhne zu reduzieren. Wenn Kollegen von genannter Firma engagiert werden, wollen sie vor ihrem Eintritt bei der Lokalarwaltung Erkundigungen einziehen. Ist es doch nicht selten vorgekommen, daß Kollegen nach ganz kurzer Zeit ohne einen triftigen Grund wieder entlassen wurden.

Miesbach. Unsere Zahlstelle hat einen herben Verlust zu beklagen. Die Tuberkulose, jene heimtückische Krankheit, hat den Kollegen Fridolin Vier, den Gründer der Zahlstelle, hinweggerafft, zu früh für uns alle. Während seiner elfjährigen Tätigkeit als Bevollmächtigter hatten wir ihn alle lieb gewonnen. Als er nach unserer Lohnbewegung im Jahre 1906 aufs Plaster geworfen wurde, gründete er sich selbst ein Geschäft. Trotzdem aber blieb er, was man auch von seinem Charakter nicht anders erwarten konnte, unser treuer Vorsitzender und leitete die Zahlstelle mit unermüdlichem Fleiß, bis ihn die rauhe Hand des Todes von uns nahm. Die Zahlstelle Miesbach sowie alle, die ihn kannten, werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken zu wahren wissen. An die Kollegen aber ergeht der Appell, den neuen Vorsitzenden durch regen Versammlungsbesuch zu unterstützen.

Neurath (Oels). Die Mitgliederversammlung vom 6. Mai war leider sehr schwach besucht. In einem halben Jahre stehen wir wieder vor einer neuen Lohnbewegung, und schon aus diesem Grunde ist es doppelt notwendig, daß jeder Kollege sich sehr an die Arbeit macht, um die uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Am 21. Mai findet nunmehr eine öffentliche Versammlung statt, die zu einer Demonstration für unsere Geschlossenheit werden soll.

Schwennungen. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt unser neugewählter Gauvorsteher, Kollege Göttrich-Stuttgart, einen instruktiven Vortrag über: „Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung“. Seine formvollendeten Ausführungen fanden allgemeine Anerkennung. Öffentlich werden seine Anregungen in bezug auf rührigere Beteiligung seitens der Gesamtmitgliedschaft ebenfalls befolgt. Es muß leider gesagt werden, daß die hiesigen Holzarbeiter auch in der letzten Hochkonjunktur, die wir sowohl in der Uhrenindustrie als besonders auch im Baugewerbe zurzeit haben, dennoch in großer Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber verharren; es gilt dies zum Teil auch von den Mitgliedern, sonst müßten die Versammlungen besser besucht werden. Aus der im weiteren Punkt der Tagesordnung besamtgegebenen Abrechnung vom ersten Quartal konnte entnommen werden, daß sich die Lokalkasse wieder einigermaßen seit unserem opferreichen Kampf der Möbelarbeiter erholt hat, um so mehr, als unsere diesjährige Lohnbewegung bei den Kleinmeistern ohne Streik zu einem Erfolg geführt hat. Anschließend berichtete Kollege Schönenberger über einige Anstände, die es seit Abschluß des Vertrages mit einigen Geschäften gab. In dem Betrieb von U. Schmidt legten unsere Kollegen die Arbeit nieder, weil die Lohn-erhöhung nur teilweise zugestanden bzw. ausbezahlt war. Die verhängte Sperre im Lokalblatt hatte jedoch zur Folge, daß bereits am anderen Tage die vorenthaltenen Lohn-erhöhung nachbezahlt wurde; dieser Vorgang hat auch auf andere Meister seinen Eindruck nicht verfehlt. Von dem vertraglich anerkannten Arbeitsnachweis ist zu berichten, daß gerade der Meister, der am meisten dagegen einzuwenden hatte bei den Unterhandlungen, denselben zuerst benutzte, und zwar mit besserem Erfolge als seine bisherige Methode des Intrierens. Für das christliche Holzarbeiterblättchen liegt also gar kein Anlaß vor, sich über diesen Arbeitsnachweis, den die Meister „helle genug gewesen wären — nicht anzukennen“ zu mokieren. Wir sind tolerant genug, auch Nicht- bzw. Unorganisierte zu vermitteln, und möchten am Orte befindliche Gewerkschaftschriften, die wohl kaum ein Dübend Männchen in allen Verufen zählen, raten, sich mit der gegebenen Tatsache abzufinden, sie müßten sonst nur von „Terrorismus“ berichten, ohne zu ihrem Ziele zu kommen.

Legernsee. Schreinermeister W. Nummel, das Scharfmacherlein vom vorjährigen Streik, ist ständiger Insistent in der „Bayerischen Zeitung“ und anderen Provinzialblättern, in denen er „selbständige Gehilfen“ sucht, nicht unter 22 Jahre alt, und was für den Herrn die Hauptfache: nicht organisiert! Allem Anscheine nach muß Herr Nummel schlimme Erfahrungen mit seinen Nichtorganisierten bisher gemacht haben, denn sonst könnte doch der Bedarf an Gehilfen in seinem Zwergebetriebe kein so großer sein. Der Qualität der gelieferten Arbeiten nach scheint auch die Qualität seiner bisherigen nichtorganisierten Arbeiter eine recht minderwertige zu sein. Sicher ist auch, daß selbst inbitterte Schreiner nicht gerne in einem Betriebe arbeiten, in denen schlechte Löhne mit den übrigen Mißständen in der Werkstätte ordentlich zusammen harmonieren. Die Solidarität der Schreinergehilfen dürfte dafür Sorge tragen, daß auch Meister Nummel den Kampf aufgibt, zumal er dabei doch den Kürzeren zieht. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat es bekanntlich stets noch länger ausgehalten als so ein Kleinmeister.

Trossingen. Die letzten Jahre hindurch hat sich unsere hiesige Zahlstelle nur mit Mühe aufrecht erhalten lassen. Erst vorigen Herbst kam etwas Energie in die hiesige Arbeiterchaft der Harmonikaindustrie. Unsere Zahlstelle entwickelte sich sehr rasch zu einer Höhe, die sie nie zuvor hatte, so daß jetzt ziemlich die Hälfte der hiesigen Harmonikaarbeiter organisiert ist. Denn auch der Metallarbeiterverband hat eine erfreuliche Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen und umfaßt die Mehrzahl der am Orte in Betracht kommenden Arbeiter. Es war auch gelungen, eine größere Zahl Heimarbeiter auf dem Heuberggebiet zu organisieren. Doch kaum wurden dies die Christlichen gewahrt, als sie schon mit drei Referenten aus Schwärmen, um ja die Arbeiter vor den sozialdemokratischen Organisationen zu bewahren. Dies erreichten sie allerdings auch nicht mehr, denn die Heuburger waren auch nicht christlich genug, an Zentrumsgewerkschaften Beiträge zu entrichten. Als das Schreiben in einem Flugblatt seitens des Metallarbeiterverbandes gebührend gekennzeichnet wurde, kühlten sich noch die Herren von der Zentrumsgarde beleidigt und erreichten mit Drängen und Würgen, daß der Verfasser wegen formeller Beleidigung ihrer Persönlichkeit zu 25 Mk. Strafe verurteilt wurde. In Trossingen selbst wäre dem sogenannten Arbeiterssekretär Krug-Stuttgart sein Bemühen, die Harmonikaarbeiter zu bekehren, beinahe übel bekommen. Nichtsdestoweniger begaben sich die Christen kühn ans Werk, eine Lohnbewegung zu infizieren. Eines schönen Tages war in den Lokalblättern der Gegenstand zu lesen, daß seitens der christlichen Gewerkschaften an die Harmonikafabrikanten Forderungen eingereicht wären, und zwar nicht zu knapp, gleich 15 Prozent auf einmal. Eine Nachforschung ergab, daß tatsächlich in Spaichingen ein halbes Duzend Harmonikaarbeiter beisammen war und anscheinend diesen schlaun Plan, den verhassten sozialdemokratischen Gewerkschaften den Wind aus den Segeln zu nehmen, ausgeheckt hatten. Nur schade, daß über den Erfolg bzw. eine Erwiderung der Fabrikanten gar nichts verlautet. Wir führen dies nur an, um diejenigen Harmonikaarbeiter, die noch in dem Wahne leben, daß ein solcher Bluff von den Fabrikanten ernst genommen werde, zu warnen. Nein, erst wenn die noch den Organisationen Fernstehenden sich ebenfalls entschließen, mit ihren Kollegen einmütig zusammenzutreten, kann auf einen Erfolg gerechnet werden.

Unsere Lohnbewegung.

In Annen i. W. dauert der Streit bei der Firma Reichwald, Möbelfabrik, nunmehr schon mehr denn zehn Wochen. Die vorhandenen Arbeitswilligen sind mit Revolvern bewaffnet; verschiedentlich haben sie auch schon Proben ihrer Schießkunst gegeben, ohne glücklicherweise Unheil damit anzurichten. Sogar Herr Reichwald selbst soll den Brüdern möglichst aus dem Wege gehen. So froch die Arbeitswilligen sich gebärden, so leistungsunfähig sind dieselben. Herrliche Arbeit ist bisher nur sehr wenig aus dem Betriebe herausgekommen. In der letzten Woche haben eine Anzahl Arbeitswilliger dem Betrieb wieder den Rücken gekehrt; vielleicht ist dieserhalb Herr Reichwald selbst sehr froh. Vielleicht zieht letzterer es nunmehr vor, Frieden mit seinen alten Arbeitern zu machen. Wenn nicht, so werden die Streitenden in gewohnter Weise den Kampf weiterführen.

In Varmen dauert der Streit der Wandstuhlfabrik einer unverändert fort. Die Arbeitgeber hatten sich in der Hoffnung gewiegt, daß ein Teil der Streitenden gar keine oder nur eine sehr geringe Streikunterstützung bekommen würde, demzufolge diese Leute sehr bald wieder umfallen würden. In dieser Hoffnung sind die Arbeitgeber nunmehr arg enttäuscht worden. Vermittels zirkuläre haben die Arbeitgeber nunmehr ihre Kundtschaft um Nachsicht wegen der Lieferungen ersucht, wobei nebenbei diese mit den hohen Forderungen der Arbeiter grüßelig zu machen versucht wird. Von den Streitenden ist bisher noch keine mahnemütig geworden. Auch Arbeitswillige hat der Streikbredkerant Knadt noch nicht anzuwerben vermocht. Kollegen, meidet Varmen, dann wird der Sieg auf unserer Seite sein.

In Bonn geht der Streit in der Pianofabrik Kühling weiter. Die bisher eingetroffenen Arbeitswilligen konnten wieder abgeschoben werden. Herr Kühling verbreitet in den Tageszeitungen unwahre Behauptungen über die Forderungen der Streitenden. Letztere sind in der Lage, durch dieselbe Tagespresse die Angaben des Herrn Kühling in jeder Weise zu entkräften. Hoffentlich besinnt sich der Firmeninhaber bald eines Besseren und macht Frieden mit seinen gut eingearbeiteten Arbeitern. Zugug nach Bonn ist nach wie vor streng fernzuhalten.

In Chemnitz macht die Wiedereinstellung der Wobell- und Fabrikfischler nach Beendigung der Absperrung und des Streiks Schwierigkeiten, und sind zurzeit noch zirka 100 Kollegen ohne Beschäftigung. Der Zugug von Wobell- und Fabrikfischlern muß daher nach wie vor unterbleiben.

In Dresden haben die Stellmacher mit der Zwangseinstellung einen neuen Vertrag abgeschlossen. Dieser bringt sofort 6 Pf. Lohn-erhöhung und 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung, 1912 und 1913 je 2 weitere Pfennige Lohn-erhöhung und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung, insgesamt also 10 Pf. und 4 Stunden. Der Minimallohn steigt bei den Madenschneidern von 88 auf 48 Pf., bei den Maschinenmachern von 45 auf 55 Pf. Die Arbeitszeit beträgt dann am 1. April 1913 wöchentlich 54 Stunden. Auch die übrigen Vertragsbestimmungen bringen einige Verbesserungen.

Die Sperre über das Parkettgeschäft Seine dauert unverändert fort. Herr Seine hat zwar einige Klausureifer, nur nützen ihm diese nicht viel, da sich auf den Bauten die Arbeiter weigern, mit diesen „Herren“ zusammenzuarbeiten. Diese „Herren Leger“ müßten wohl oder übel von den Bauten. Die Baumeister erklärten Herrn Seine, daß sie nicht weiter mit ihm Geschäfte abschließen können, wenn er sich nicht mit den Legern resp. der Organisation einigt. Die Verhandlungen mit Herrn Seine, die durch Vermittlung eines Baumeisters zustande kamen, endeten resultatlos, da Herr Seine sich immer noch strikte weigert, den mit allen anderen Dresdener Parkettgeschäften abgeschlossenen Vertrag voll anzuerkennen.

In Essen sind seit 11 Wochen unsere Kollegen des Westdeutschen Eisenwerks ausständig. Unseren Forderungen glaubt man noch nicht entgegenkommen zu müssen, weil sich für den ganzen Betrieb 2 Streikbrecher gefunden haben, die die Firma aus ihrer offensichtlichen Notlage rausbellen sollen. Es ist uns nun doch gelungen, trotz des starken Schubes eines Kollegen aus dem Betrieb herauszuholen. Dies hat nun gleich die Firma veranlaßt, die Polizei um Schutz anzurufen, die den Streikbrecher nun suchen sollte; der es gewagt hatte, einen der Klausureifer der Firma absperrig zu machen. Trotz des Durchsuchens eines Betriebes im Orte durch die Kriminalpolizei ist es nicht gelungen, den „Missetäter“ ausfindig zu machen. Trotz aller Anstrengungen der Firma wird auch sie und die Zugeständnisse machen müssen, die uns größere Werte am Orte gemacht haben. Wir ersuchen alle Kollegen, den Zugug von Wobellschreinerern nach dem Eisenwert in Essen-Brach fernzuhalten.

In Forst ist die Situation trotz zehnwöchigen Ausstand noch unverändert. Bei den zentralen Verhandlungen in Berlin führten die Arbeitgeber stets an, infolge Arbeitsmangels keinerlei Zugeständnisse machen zu können. Wie wichtig dieser Hinweis ist, geht daraus hervor, daß jetzt in großer Anzahl Magazinmöbel eingeführt werden, sogenannte „Plamotten“, welche bisher in geringer Anzahl an bestimmte Geschäfte umgesetzt wurden. Außerdem werden ganze Fuhren Türen und Fenster von Sommerfeld nach hier geliefert. Wenn diese Arbeit für die Dauer den hiesigen Kundenkreis befriedigen sollte, dann gegen auch wir die Hoffnung, daß für die Zukunft an die Arbeit unserer Kollegen nicht mehr unberechtigte Anforderungen gestellt werden. Auch macht einer der größten Unternehmer verzweifelte Anstrengung durch Intrieren, speziell aus Schlesien Arbeitswillige heranzuziehen. In vielen Fällen glückte dies Mandat, doch war es uns möglich, solche Elemente stets wieder abzuschließen, bis auf einen jungen Menschen, welcher Kost und Logis erhält und nicht einmal die Straße erblickt. Solchen Elementen wird ein Stundenlohn von 46 Pf. bei guter Leistung 54 Pf., garantiert. Wären solche Angebote unseren jahrelang im gleichen Betriebe beschäftigten Kollegen bei den Verhandlungen gemacht worden, so hätte dies bei vierjähriger Vertragsdauer unsere kühnsten Erwartungen übertroffen. Wie naiv und verständnislos einige Meister die jetzige Situation betrachten, geht daraus hervor, daß an berechtigten Kollegen

das Ansuchen gestellt wurde, der Organisation den Mäcken zu lehren und nach eigener Abmachung die Arbeit aufzunehmen. Selbstverständlich wurde solches Angebot mit unliebigem Lächeln aufgenommen. Die Kollegen haben am 6. Mai in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, den Streik weiterzuführen und sehen guten Mutes der Zukunft entgegen. Zugang ist darum weiter fernzuhalten.

In Wilsnabst haben die Drechsler der Glaskrattler Holzwarenfabrik eine Verbesserung ihrer Lage erreicht. Mit der Firma wurde ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen, wonach die Arbeitszeit sofort von 60 auf 58 Stunden und ab 1. April 1912 auf 57 Stunden verkürzt wird. Der Mindestlohn wurde auf 42 Pf. festgelegt und auf diesen Satz erhalten die zurzeit beschäftigten Gesellen einen Aufschlag von 2 Pf. sofort und einen weiteren Pfennig 1912. Ferner ist ein Akkordtarif festgelegt, nach welchem die Preise im Durchschnitt um 10 Pf. erhöht sind.

In Grimma wurde mit der Tischlerei Schlotz u. Co. im benachbarten Trebsen ein Tarifvertrag abgeschlossen. Hierdurch wird die Arbeitszeit auf 54 Wochenstunden, der Mindestlohn auf 45 Pf., für Gesellen unter zwanzig Jahren auf 40 Pf. festgelegt.

In Oagen dauert der Streik in der Waggonfabrik schon mehr denn 10 Wochen. Arbeitswillige sind während der Zeit ganze drei zu verzeichnen. Die Arbeitgeber nachweise in der Umgebung geben sich redliche Mühe, der Firma Arbeitskräfte zu übermitteln, doch bisher ohne Erfolg. Die Streikenden sehen der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Zugang ist nach wie vor streng zu meiden.

In Osnabrück wird immer noch mit aller Schärfe weiter gekämpft. Die Arbeitgeber revoltieren zwar fürchterlich, aber wenn sie es zu arg treiben, wird ihnen mit dem Geld des Arbeitgeberverbandes, das sie als Darlehen quittieren müssen, der Wind geblasen. Unsere Meister sehen auf dem Standpunkt, daß Geld nicht stinkt, auch denken sie nicht daran, dem Arbeitgeberverband etwas zurückzahlen. Dagegen beginnt es bei denjenigen, die solche faulen Geschäfte mit dem Kampf nicht machen wollen, stark zu kriseln. Die Bauunternehmer drängen, um ihre Arbeiten fertig zu bekommen, neue Aufträge müssen vergeben werden, und die auswärtige Konkurrenz ist eifrig bemüht, diese Aufträge an sich zu reißen. Es steht zu besorgen, daß das Ende dieses Kampfes sich erst nach Beendigung einstellen wird, indem die hiesigen Unternehmer alsdann gewahrt werden, welche Suppe sie sich eingekocht haben. Bis zum Ablauf der letzten Woche hatten 215 Betriebe mit über 1400 Beschäftigten die neuen Bedingungen anerkannt. Hierin sind einbezogen sämtliche Spezialbetriebe sowie die Wägenbezirke Lohstedt, Wandsbek, Ulrikshöhe, Wilhelmshagen und Schiffbek. Die Branche der Klotzwerker kommt für den Kampf nicht in Betracht. In einer Versammlung unserer Kollegen am Nachmittag des 11. Mai erstattete Kollege Neumann einen eingehenden Situationsbericht über den Stand der Bewegung. Danach ist es unserem Vorgehen mit dem Abschluß der Einzelverträge gelungen, in die Reihen der Arbeitgeber eine ganz nette Verwirrung hineinzubringen. Die Arbeitgeberleitung weiß sich mit der geschaffenen Situation kaum noch abzufinden, und um den Abfall in noch größerem Maße zu verhüten, will sie sich überlegen, eventl. den gar zu arg im Druck stehenden Meistern die Erlaubnis zum Abschluß eines Einzelvertrages zu erteilen. Wir sind entschlossen, in solchen Fällen auf Einzelverträge überhaupt nicht einzugehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeitgeber stellen jetzt in ihren Versammlungen zur Abwechslung wieder einmal den Arbeitsnachweis als einzigen Streitpunkt des Kampfes hin; das Vertragsmuster und die übrigen Forderungen werden gar nicht mehr erwähnt, das hat sich anscheinend alles schon „eingelebt“. Herr Gurlik erregt mit seinen Gezeiten immer noch Parademärche, den letzten solcherart führte er am Abend des 11. Mai in einer Versammlung der Arbeitgeber bei Segeberg auf. Dem Hamburger „Echo“ ist darüber ein authentischer Bericht zugegangen, wonach Herr G. gesagt hat, die Tischlermeister müßten sich einen vollen Achtungserfolg erkämpfen, das sei notwendig nicht nur für Hamburg, sondern für ganz Deutschland. Nähere Gründe, warum das notwendig sei, hat er nicht angegeben, und noch viel weniger hat er gesagt, wie er sein Ziel erreichen wolle. Von solchen Gurlikischen Redensarten lassen sich jedoch die Arbeitgeber allgemach nicht mehr länger behaiben, wie die Ausführungen der nachfolgenden Medner bewiesen. Herr W. sagte: Er halte es für notwendig, daß nach Beendigung des Kampfes eine Arbeitsvermittlung eingeführt werde, bei der die Arbeiter auch mitzureden hätten, nur der Nachweis, wie er bestand, habe nichts getaugt. (Dabei haben unsere Kollegen vor Ausbruch des Kampfes mehr als ein duzendmal gefordert, die Beratung über eine möglichst vorteilhafte und praktische Gestaltung der Arbeitsvermittlung an die Branchenkommissionen zu verwelfen, denn daß gewisse Verbesserungen notwendig waren, haben wir selber stets betont. Aber für den Schutzverband handelte es sich nicht um Verbesserungen, sondern um Befestigung des Nachweises. Von diesem Wahn ist er jetzt anscheinend kurzelt.) Weiter sagte Herr W.: Wenn wir auch keinen vollen Sieg erringen werden, womit wir schließlich auch nicht gerechnet haben, so wollen wir doch mindestens einen vollen Achtungserfolg erzwingen.“ Die Versammlung nahm am Schluß eine Resolution an, in welcher der leitenden Kommission volles Vertrauen ausgedrückt wird. Es wird darin weiter betont, daß die Arbeitgeber zu jeder Zeit zur Verhandlung mit dem Holzarbeiterverband bereit seien; der Kommission wird Vollmacht erteilt, bei eventuellen Verhandlungen die Sache der Arbeitgeber zu vertreten.

Das ist immerhin schon eine etwas andere Sprache, als wie sie zu Beginn des Kampfes geführt wurde, und wenn man die Vorgänge kennt, die sich hinter den Kulissen abspielten, wird man sich über die Gründe dieses Umschwunges nicht im unklaren sein können. Die Osnabrücker Kollegen sind fest entschlossen, bis zum vollen Siege auszuharren und bitten darum dringend, den Zugang weiterhin strengstens fernzuhalten.

In Gerisdorf erreichten die Tischler im Baugeschäft Anfrage durch Verhandlungen, daß die bisher 60stündige Arbeitszeit am 1. Juli dieses Jahres auf 58 Stunden her-

abgesetzt wird. Der Lohn wird sofort um 2 Pf., in den nächsten Jahren um weitere 4 Pf. erhöht. Ueberstunden und Montagearbeit erfuhren ebenfalls eine Regelung.

In Wilm nimmt der Streik in der Waggonfabrik von Herbrand nunmehr schärfere Formen an. Die Meister des Betriebes versuchen persönlich, einen Teil der Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Außerdem hat in den letzten Tagen die Firma Streikende mit Christkinden beehrt des Inhaltes, daß, wenn die Betroffenen bis zum 16. Mai die Arbeit nicht aufnehmen, sie dann überhaupt nicht wieder eingestellt würden, ihre Klage würden dann mit anderen Arbeitern besetzt werden. Vorläufig hat die Firma noch keine anderen Arbeiter, die einzelnen Streikenden selbst haben es abgelehnt, zum Vertreter an ihre Arbeitsgenossen zu werden. Voraussetzungen werden nun Streikbrecheragenten ihr Heil in der Anwerbung von Arbeitswilligen versuchen. Man wolle allerorts ein wachsames Auge auf diese Seelenverkäufer haben.

In Lahr in Baden gelang es den Kollegen, bei den Kleinmeistern die Arbeitszeit von 60 auf sofort 58, ab 1. Mai 1912 auf 57 Stunden herabzusetzen sowie eine Erhöhung der Stundenlöhne um sofort 2, 1912 und 1913 je 1 Pf. durchzusetzen. Einen Mindestlohn gab es seither nicht, jetzt beträgt dieser im zweiten Gesellenjahr 28 Pf. für selbständige Schreiner 40 Pf. Für Ueberstunden gibt es 25 Proz. Aufschlag. Ein Meister jedoch, Meurer jr., konnte sich erlauben, die Forderungen mit einem räpelhaften Brief zu beantworten, weil seine Arbeiter gedankenlos durch die Welt laufen. Diese sollten sich nur etwas um die Organisation kümmern, dann brauchte es nicht vorzukommen, daß sie Fußboden für 15 Pf. pro Quadratmeter statt der ortsüblichen 25 Pf. legen. Unsere Lohnbewegung hat nun zwar nicht alle unsere Wünsche erfüllt, doch bietet sie einen Fortschritt. Es muß jetzt gelten, das Errungene streng durchzuführen.

In Lauenburg a. Elbe haben die Tischler der Werkstatt von Döhler auf dem Verhandlungswege eine Verbesserung ihrer Löhne um 2 bis 8 Pf. erlangt. Dieser Erfolg ist besonders deshalb bemerkenswert, weil vor 8 Jahren sämtliche Werkstatthalter Lauenburgs einen langen, völlig erfolglosen Streik führten und unsere Kollegen jetzt die ersten sind, die die Scharte wieder ausweisen konnten.

In Leipzig sind die Stellmacher der Innungs- und Kleinbetriebe in eine Lohnbewegung eingetreten. In Betracht kommen vorläufig 80 Betriebe mit rund 65 Kollegen. Diese fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit von 67 auf 54 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde, Minimallohne von 58, 52 und 48 Pf. pro Stunde. Bis zur Erledigung der Bewegung bitten wir den Zugang zu vermeiden.

In Münster i. W. ist es endlich gelungen, einen Tarif mit den Unternehmern abzuschließen. Derselbe sieht bei vierjähriger Vertragsdauer die Verkürzung der Arbeitszeit von 67 auf 54 Stunden und eine Lohnerhöhung von 7 Pf. vor. Der Durchschnittslohn steigt von 45 auf 52 Pf. Der Lohn der geleiteten Maschinenarbeiter stellt sich um 5 Pf. höher als der der Wandschreiner. Während der Arbeitgeberverband und die erweiterte Lohnkommission der Tischlerinnung den Tarif anerkannten, können es die kleinen Spontarbeiter nicht übers Herz bringen, ihre Zustimmung zu geben. Es wird nun versucht werden, diese Kleinmeister zur Anerkennung des Vertrages zu bringen. Unter diesen Umständen bitten wir die Kollegen, Münster bis auf weiteres zu meiden.

In Neuenburg in Oldenburg und den zum Bahlfeldengebiet gehörenden Drien Bockhorn, Betel und Westerde stehen die Tischler im Streik. Gefordert werden ein Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde, 5 Pf. Lohnaufschlag, Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeit und Abschaffung von Post und Logis beim Meister. Die Arbeitgeber lehnten es ab, wegen dieser Forderung in Verhandlung mit Vertretern des Verbandes einzutreten, teilten vielmehr dem Bevollmächtigten mit, daß sich jeder Arbeitgeber mit seinen Gesellen selber einigen solle. Nach diesem Beschluß blieb nichts anderes übrig, als durch die Arbeitseinstellung der Forderung Nachdruck zu verschaffen. Die Kollegen können nach Lage der Verhältnisse der Entwicklung der Dinge mit Zubersticht entgegensehen. Wenn die Kollegen allerorts den Zugang fernhalten, werden die Arbeitgeber die Organisation anerkennen und entsprechende Zugeständnisse machen müssen.

In Parghlin sind am 6. Mai 27 Kollegen in den Ausstand getreten, nachdem eine Verständigung über eine Erneuerung des am 1. Mai abgelaufenen Tarifvertrages mit dem vereinigten Tischlermeistern nicht zu erzielen war. Die Kollegen forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden, eine Lohnerhöhung von sofort 5 Pf., 1912 weitere 8 Pf. Der Mindestlohn sollte 37 Pf., später 40 Pf. betragen. Eine Verhandlung über diese angeblich zu hohen Forderungen lehnten die Meister ab. Gelingt es den Meistern nicht, Arbeitswillige zu finden, so müssen sie schon mit sich reden lassen.

In Passau wurde der Schreiner tarif mit erheblichen Verbesserungen erneuert. Den Abmachungen stimmten wohl unsere Kollegen zu, die Meisterversammlung lehnte sie jedoch mit der Motivierung ab, eine Herabsetzung der Arbeitszeit unter 60 Stunden nicht billigen zu können, ebenso dürfte über 85 Pf. Mindestlohn nicht hinausnegangen werden. Nachdem die Gesellen jedoch beschlossen hatten, sofort die Arbeit einzustellen, unterzeichneten sämtliche Meister bis auf drei den Vertrag, von letzteren zwei noch nach einem Tag Streik, sodas nur 4 Kollegen auf längere Zeit Aussicht zum Streiken haben. Der nunmehr anerkannte Vertrag setzt die Arbeitszeit auf 55 Stunden herab und erhöht die Löhne um 8 Pf., der Mindestlohn steigt sofort von 82 auf 40 Pf., in den folgenden 2 Jahren auf 42 Pf. die Stunde. Der Vertrag dauert bis 1. Mai 1915. — Es wird auch in den bisher für den Verband schwer zugänglichen Gefilden Niederbayerns tüchtig vorwärtsgehen, wenn fernerhin die Kollegen mit dem nötigen Eifer für Ausbreitung ihres Verbandes und Aufklärung unter den Arbeitern Sorge tragen.

In Plauen i. Vogtl. haben die Sägereiarbeiter sich endlich zusammengeschlossen und konnten nun, nachdem sie bisher immer mit schönen Nebensarten abgesperrt wurden, eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen herbeiführen. Eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf.,

eine weitere von 2 Pf. am 1. April 1912 sowie für Ueberstunden 10 Pf. Aufschlag ist das Ergebnis der friedlich verlaufenen Lohnbewegung. Doch mußte auch schon der Firma Baumgärtel einmal gezeigt werden, daß sich unsere Kollegen, wenn sie auch etwas spät den Weg zur Organisation gefunden haben, einmal Zugeständnisse nicht nehmen lassen. Hat diese Bewegung nun auch nicht alles gebracht, was wir forderien, so doch immerhin einen Fortschritt, welchen wir ohne Organisation nicht erreicht hätten. Wären wir deshalb, da wir jetzt den Beweis haben, daß unsere Interessen im Holzarbeiterverband ihre Vertretung finden, unsere Organisation so aus, daß wir 1912, wenn die Neuregelung der Verträge im Baugewerbe erfolgt, unter welche wir dann mit aufgenommen werden, ein gewichtiges Wort mitreden können. — Die Bau- u. u. s. Möbelstischler erhalten tariflich am 1. Juli 1 1/2 Pf. Zulage. — Die Möbelstischler erlangten ebenfalls im April 2 Pf. Zulage, so daß fast alle hiesigen Strolche eine Verbesserung durch den Verband erzielen. — Die Plauer Arbeiter können von sich noch nichts berichten. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß es auch hier einmal vorwärts geht. — Modell- und Fabrikstischler, welche nach Plauen reisen, empfehlen wir, die Werkfirma „Vogtländische Maschinenfabrik Dietrich“ zu meiden, dort wurde ein Vertrauensmann und Mitglied des Arbeiterausschusses gemafregelt.

In Reichenbach i. Vogtl. haben die Tischler Lohnforderungen gestellt, die nicht über das hinausgehen, was bereits in den Nachbarbezirken durchgeföhrt ist. Verhandlungen sind bereits angebahnt. Wenn die Kollegen nun einig zusammenstehen, dürfte ihnen auch der Erfolg winken.

In Rosenheim wurde der 2 1/2 Wochen dauernde Schreinerstreik erfolgreich durch Abschluß eines bis 30. April 1912 dauernden Vertrages beendet. Die Arbeitszeit wird sofort von 60 auf 58 Stunden herabgesetzt und die Löhne um 5 Pf. die Stunde erhöht. Weitere Lohnerhöhungen um 4 Pf. erfolgen 1912, 1913 und 1914. Die Mindestlöhne sind auf 34 Pf. für jugendliche und auf 38 Pf. für Gesellen im vierten Jahre nach beendeter Lehrzeit festgesetzt und erhöhen sich auf 41 Pf. die Stunde. Für Gesellen vor 28 Jahren beträgt der Mindestlohn 41 Pf. und steigt auf 44 Pf. die Stunde. Die in ihrer großen Mehrzahl in unserem Verbandsorganisierten Kollegen haben nun durch ihre Solidariät und Ausdauer auch die letzte größere Stadt im süblichen Bayern in das Tarifverhältnis eingereicht.

In Walsrode (Hannover) ist ohne Streit erreicht worden, daß kein Kollege mehr gezwungen werden kann, Post und Logis beim Meister zu nehmen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, die Löhne werden um 2 Pf. pro Woche erhöht, Ueberstunden werden mit 5 Pf. Aufschlag bezahlt. Nun liegt es an den Kollegen, auf der Hut zu sein, daß diese Abmachungen auch gehalten werden, es ist der Grundstock, auf dem weiter gebaut werden kann. In den Werkstätten von Meuter sen. und Meuter jun. sind obige Abmachungen noch nicht durchgeföhrt, die Kollegen werden dies zu beachten müssen.

In Waltershausen ist am 18. Mai das gesamte organisierte Personal der Walfenfabrik Hermann Thiem in den Streik getreten. Die Forderungen der Kollegen: Erhöhung der Akkordpreise, Regelung der Stundenlöhne und eine den örtlichen Verhältnissen angepaßte Arbeitszeit sind brisll abgelehnt worden. Herr Thiem, welcher in den letzten Wochen verzweifelte Anstrengungen machte, um eine Anzahl der Kollegen zur Zurücknahme der Kündigung zu bewegen, sucht nun in einer Unmenge bürgerlicher Zeitungswillige. Zugang nach Waltershausen ist streng fernzuhalten.

In Weimar einigten sich auf die von unseren Kollegen eingereichten Forderungen die beiderseitigen Lohnkommissionen in der Weise, daß vom 1. Juli ab die 60stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich und 2 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde und vom 1. April 1912 ab die 54stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich gewährt werden sollte. Die Versammlung der Unternehmer lehnte jedoch die Einigung auf dieser Grundlage ab, so daß wir genötigt sind, eine Anzahl Betriebe der Tischlermeister zu sperren. Die Namen der gesperrten Betriebe hängen im Verzeichnissal aus und darf dort Arbeit nicht angenommen werden.

Ausland.

In Prag ist die Lohnbewegung der Tischler in ein entscheidendes Stadium getreten. Der alte Vertrag ist am 4. Mai abgelaufen. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden, da die Unternehmer auf Vorschlägen beharrten, die für die Arbeiter zum Teil eine Verlängerung der Arbeitszeit enthalten. An Lohnerhöhung wollen sie nur 1 Kr. pro Woche geben, was einer Erhöhung von nicht ganz einem Heller pro Stunde gleichkame. Es dürfte daher zu einem offenen Kampfe kommen, weshalb Zugang fernzuhalten ist.

In Zernberg stehen die Tischler ebenfalls vor dem Ablauf des Vertrages. Die Arbeiter haben ihr Meinurandum bereits überreicht. In Galizien kommt es in den meisten Orten erst zu einem Streik, bevor die Unternehmer sich zu Zugeständnissen bereit erklären.

In Paris dauert der Streik um den Neunstundentag fort. Die Forderung ist bisher in 34 Betrieben durchgeföhrt. Der von den Pariser Kollegen energisch geföhrt Kampf wird allerdings durch Zugang von auswärtig, besonders auch aus Deutschland ersichert. Wir möchten deshalb unseren deutschen Kollegen dringend ans Herz legen, Paris auf das strengste zu meiden.

Schnaps ist ein Gift, das Geist und Körper ruiniert
Schnaps kräftigt nicht, sondern führt zu vorzeitiger Erschlaffung
Schnapsgeuß schädigt den Arbeiter, füllt aber seinen ärgsten Feinden, den oitelblichen Schnapsjunkern, die Talchen
Arbeiter, meidet den Schnaps!

Aus der Holzindustrie.

Ein bedeutlicher Fehlspruch.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts hatte sich auf Antrag unserer Berliner Ortsverwaltung mit der Auslegung des Tarifvertrages für die Berliner Holzindustrie zu befassen. Das Ergebnis der Verhandlungen war folgender Schiedsspruch:

Berlin, den 9. Mai 1911.

Der § 9 des Tarifvertrages enthält für die Akkordarbeiter folgende hier in Frage kommende Sätze:

1. Bei außertariflichen Arbeiten wird der vereinbarte Lohn garantiert.

2. Wenn der Arbeiter bei Ausführung der neuen Arbeiten auf Grund der Festsetzung der Osmänner der Schlichtungskommission einen Winderdienst gegen seinen bisherigen Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate erzielt hat, so steht ihm das Recht zu, eine Nachprüfung durch die Schlichtungskommission zu verlangen und muß ihm bei nachträglicher Gewährung eines höheren Akkordlohnes die Differenz nachgezahlt werden.

Hierdurch kann der Arbeiter zunächst unter allen Umständen verlangen, daß ihm bei einer außertariflichen Arbeit der Lohn garantiert wird; er kann dies aber nur, wenn er nicht von seinem zweiten Recht Gebrauch gemacht hat, eine Nachprüfung des Akkordes durch die Schlichtungskommission zu verlangen.

Das eine Recht schließt das andere nicht aus.

Es ist übrigens selbstverständlich, daß, wenn eine Nachprüfung durch die Schlichtungskommission stattfindet, die eine oder die andere Partei das Recht hat, in einer nochmaligen Verhandlung eine neue Nachprüfung zu verlangen.

(gez.) v. Schulz.

Dieser Schiedsspruch des Einigungsamtes ist falsch und steht mit den Bestimmungen des Tarifvertrages durchaus in Widerspruch. Nach dem Vertrag ist mit jedem Akkordarbeiter innerhalb der ersten Woche ein vorläufiger und nach Vereinbarung des ersten Akkords ein definitiver Lohn zu vereinbaren. Dieser vereinbarte Lohn ist bei außertariflichen Arbeiten „unter allen Umständen“, wie der obige Schiedsspruch richtig sagt, garantiert. Fast überall und insbesondere in Berlin ist nun aber der „vereinbarte“ Lohn niedriger als der tatsächliche Durchschnittsverdienst des Akkordarbeiters, er hat also gewissermaßen nur die Bedeutung eines Minimallohnes. In § 5 des Berliner Vertrages ist sogar ausdrücklich bestimmt, daß der Abschlagelohn (das ist der „vereinbarte“ Lohn) bei 33 Mt. durchschnittlichen Akkordverdienst nur 30 Mt., bei 36 Mt. Durchschnittsverdienst nur 33 Mt., also immer 3 Mt. weniger, betragen soll. So wenig nun ein im Stundenlohn beschäftigter Durchschnittsarbeiter sich mit dem Minimallohn zufriedengeben wird, ebensowenig will der leistungsfähige Akkordarbeiter bei Anfertigung einer neuen Arbeit auf seinen sonst erzielten Ueberverdienst verzichten. Aus diesem Grunde räumt ihm denn auch der Vertrag außer der Garantie des „vereinbarten“ Lohnes noch das Recht ein, eine Nachprüfung des Akkordpreises durch die Schlichtungskommission zu verlangen, wenn er bei der neuen Arbeit einen Winderdienst gegen seinen bisherigen Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate erzielt hat. Selbst wenn also der fragliche Akkord dem Arbeiter einen Verdienst gebracht hat, der schon höher ist als der vereinbarte Lohn, kann der Arbeiter trotzdem noch eine Erhöhung des Akkordpreises durch die Schlichtungskommission verlangen, wenn er nicht seinen bisherigen Durchschnittsverdienst dabei erreicht hat. Es kann also absolut keine Rede davon sein, daß das „eine Recht“ hier das „andere Recht“ ausschließt. Der Schiedsspruch gibt übrigens selbst zu, daß auch die Schlichtungskommission sich einmal verfaßeln und den Akkordpreis zu niedrig festsetzen kann. Deshalb bezeichnet das Einigungsamt es als „übrigens selbstverständlich“, daß in einer nochmaligen Verhandlung eine neue Nachprüfung durch andere Sachverständige verlangt werden könne. Hiermit stimmen wir überein, nach dem klaren Wortlaut des Vertrages hat in diesem Falle jedoch der Arbeitgeber zunächst mindestens den vereinbarten Lohn in voller Höhe auszus zahlen, weil dieser unter allen Umständen garantiert ist. Bei der Nachprüfung des Akkordpreises durch die Schlichtungskommission handelt es sich um mehr als den vereinbarten Lohn, nämlich um den Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate. Der Widerspruch, den der Spruch des Einigungsamtes in sich birgt, macht denselben völlig unhaltbar. Es war deshalb die höchste Zeit, daß in dem für die diesjährige Vertragsbewegung mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes vereinbarten Vertragsschema die Bestimmung aufgenommen wurde, daß solche Streitpunkte, welche für die Auslegung der Verträge von grundsätzlicher Bedeutung sind, in jedem Falle den beiderseitigen Zentralvorständen zur Nachprüfung unterbreitet werden können. Der Berliner Vertrag enthält leider diesen Passus noch nicht, sondern bestimmt statt dessen, daß bei Anrufung des Einigungsamtes sich beide Parteien dessen Spruch zu unterwerfen haben. Um so mehr muß dieser grobe Fehlspruch bedauert werden.

Ein Streik der Streikbrecher ist in Finsterwald ausgebrochen. Die dortige Luxusmöbelfabrik von C. S. Weise glaubte bekanntlich bei der allgemeinen Tarifbewegung dieses Frühjahrs besser zu fahren, wenn sie sich abseits der zentralen Verhandlungen stellte. Mangels jeden Entgegenkommens stehen nun unsere Kollegen dort seit dem 20. März im Streik. Nach und nach fanden sich Streikbrecher der Hamburger Marke zusammen, die in der Fabrik einquartiert wurden. Sie scheinen dem Unternehmer viele Freude bereitet zu haben. So veranstalteten sie in der Nacht vom 6. zum 7. Mai, um 1 1/2 Uhr, auf der Straße ein Konzert mit Grammophonbegleitung. Selbst die Polizei war nicht imstande, die Akabaumacher zur Ord-

nung zu bewegen. Diese Akabaumacher setzten sich auch am Sonntag fort. Am Montag früh wurden dann die Arbeitswilligen bei der Firma vorkestellt, daß sie für 21 Mt. und freier Station nicht weiterarbeiten können. So verlangten sie nun einen Lohn von 25 Mt. bei freier Station. Das war doch wohl der Firma zu viel; sie ist aber bis 23 Mt. mit der Bewilligung bereit gewesen. Leider hatte die Firma vergessen, daß sie nicht ihre alten Arbeiter vor sich hatte, bei denen schließlich noch durch gute Worte etwas zu erreichen war. Die Hingeblichen blieben bei ihrer Forderung bestehen und verweigerten insgesamt die Arbeit. Dann wurde der ganze Vorrat, für den ja die Firma stets besonders besorgt war, niedergemacht, wonach ein wildes Treiben in der Fabrik begann. Einer der Arbeitswilligen, welcher auf Verschreibung gekommen war, hatte am Hinterkopfe Verletzungen aufzuweisen, da er nicht ebenfalls die Arbeit niedergelassen, und verschiedene andere mußten aus der Fabrik flüchten, sollte sie nicht dasselbe Schicksal ereilen. Darauf sah die Firma sich veranlaßt, die Fabrik zu schließen. Um weiteren Gefahren aus dem Wege zu gehen, wurde die Hamburger Marke mit dem Nachmittagszuge ihrer Heimat wieder ausgeführt. Ob die Unternehmer nun endlich einsehen werden, daß sich anständige Arbeiter nicht zum Streikbruch hergeben?

Der Zug aus Land macht sich in neuerer Zeit bei den Unternehmern der Pianoforteindustrie in stärkerem Maße bemerklich. Wir haben kürzlich berichtet, daß die Pianofortefabrik P. J. Merzmann in Leipzig, die bereits eine Filiale in Eisenburg besitzt, sich nunmehr in Gießhain bei Dresden anzuheben beginnt. Nechliche Pläne verfolgt die Firma J. u. P. Schiedmayer in Stuttgart. Diese Firma hat die Möbelfabrik Altbach-Deitzsch in Altbach in Württemberg angekauft und dazu ein größeres anschließendes Areal, um später den Betrieb von Stuttgart dorthin zu verlegen. Solche Domizilverlegungen von größeren Unternehmungen der Holzindustrie sind ja keine Seltenheit mehr. Die treibende Kraft ist hierbei das Streben, billiger zu produzieren. Man glaubt die Arbeiter in den kleinen Landorten niedriger entlohnen zu können und hofft auch wohl dort eine willigere Arbeiterkraft vorzufinden, als in den sozialdemokratisch „verseuchten“ Großstädten. Diese Hoffnung wird ja nicht immer erfüllt, aber immerhin dürfen wir diesem Zug der Großindustrie auf das Land einige Aufmerksamkeit schenken, und es ist notwendig, bei unserer Agitation darauf gebührend Rücksicht zu nehmen.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe beruft seine 9. Generalversammlung zum 23. und 24. Juni nach Dresden ein. Auf der Tagesordnung stehen neben den üblichen geschäftlichen Verhandlungsgegenständen auch „die Matfeier“ sowie „Bericht über die Tarifverhandlungen“.

Der Verband der Drechsler Österreichs hielt an den beiden Osterfesten seinen 6. Verbandstag in Wien ab. Besuch war derselbe von 68 Delegierten, davon 29 aus Wien selbst; außerdem nahmen der Verbandsvorstand, die Redaktion, die Kontrolle (Revisoren) und ein Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission an den Verhandlungen teil. Die Delegierten setzten sich zusammen aus Vertretern der Knopfdrechsler, Stabdrechsler, Meerscham- und Bernsteindrechsler, Rauchwarendrechsler, Meerscham-pfeifenschneider und Gluinachern (die Holzdrechsler gehören dem Holzarbeiterverband an), sowie solchen der deutschen und tschechischen Ortsgruppen. Dieser letztere Umstand bedingte, daß alle Neben deutsch und tschechisch gehalten bzw. übersetzt werden mußten. Bei den Drechslern hatten glücklicherweise auch die Tschechen zur Einheitsorganisation, Trokdem spielten die nationalen Streitigkeiten hier und da in die Verhandlungen dieses Verbandstages hinein. So wurde u. a. verlangt, daß beim Vorhandensein von 10 bis 20 tschechischen Mitgliedern an einem Orte diese gesonderte Ortsgruppen bilden dürften, und ferner, daß ein tschechisches (Bezirks-) Sekretariat eingerichtet werden solle. Beide Vorschläge wurden abgelehnt. Mangel an Mitteln ließen den Verbandstag auch von der an sich als notwendig erkannten Anstellung von Sekretären (besoldeten Gauleitern) Abstand nehmen, wie sich überhaupt die charakteristischen finanziellen Sorgen der kleinen Organisationen besonders bemerkbar machten. Der Organisation der Heimarbeiter war ein besonderes Referat gewidmet. Aus allen Neben war zu erkennen, daß es noch große Massen zu gewinnen gibt.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsbeiträge und Staatssteuern.

Die Angst vor den Gewerkschaften malt sich recht deutlich in einem durch die „gutgesinnte“ Presse geheiden Raschzettel, dessen Urheber die „Nationalliberale Korrespondenz“ ist. Veranlaßt ist der Raschzettel durch eine in der Nr. 8 des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ abgedruckte Zuschrift, in welcher die Gründung eines allgemeinen Unterstützungsfonds empfohlen wird, zu welchem jedes Gewerkschaftsmitglied neben dem allgemeinen Beitrag für seine Organisation wöchentlich 5 Pf. beisteuern soll. Es handelt sich dabei um den Vorschlag eines Einzelnen, der noch dazu, unseres Erachtens, wenig Aussicht hat, akzeptiert zu werden, da recht gewichtige Gründe dagegen sprechen. Nichtsdestoweniger gibt diese Aufzählung der genannten Korrespondenz Anregung zu nachstehendem Erguß, den die „Kölnische Zeitung“ für so wichtig hält, daß sie ihn in ihrer Nr. 445 an erster Stelle unter der Überschrift: „Die sozialdemokratische Arbeiterbesteuerung“ abdruckt.

Durch die Presse geht eine Nachricht, wonach die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich mit dem Gedanken tragen, eine besondere große gewerkschaftliche Kriegskasse zu schaffen, die aus Beiträgen der Mitglieder sämtlicher Zentralverbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, aufgebracht werden soll. Diese Kasse soll bei „großen Kämpfen, welche über die Machtmittel der einzelnen Fachverbände hinausgehen“ (lies: bei politischen Machtkämpfen) den nötigen Rückhalt bieten, damit die Gewerkschaften nicht wie bisher darauf angewiesen sind, mit dem Klingelbeutel herumzugehen. Bei der neuen Extrasteuer soll es sich um einen Wochenbeitrag von 5 Pf.

handeln; nach Maßgabe der Mitgliederzahl würde die neue Kasse nach Ablauf des ersten Jahres die Höhe von etwa fünf Millionen Mark erreicht haben. Es liegt auf der Hand, daß dieser Fonds nur eine neue Angriffs- waffe zur Durchführung von Streiks bedeutet, weshalb der Plan der Gewerkschaften die ernsteste Beachtung der Arbeitgeberkreise verdient. Auf der anderen Seite liegt darin eine abermalige Steigerung der sozialdemokratischen Belastung der Arbeiterschaft, die, prozentual gemessen, vorher schon bei weitem das übersteigt, was Staat und Gesellschaft selbst von ihren reichsten Bürgern und den höchsten Einkommen verlangen. Man hat ausgerechnet, daß die gewerkschaftliche Belastung eines organisierten Arbeiters sehr gering berechnet, 1 Mt die Woche beträgt; das bedeutet, wenn man ein Durchschnittseinkommen von 1000 Mt. zugrunde legt, eine direkte Einkommensteuer von 5,2 Prozent! Rechnet man hierzu noch die Steuern für die politische Organisation mit mindestens 1 1/2 Mt. monatlich, also 18 Mt. jährlich, so ergibt sich eine Gesamtbelastung von 7 Proz., während bekanntlich die preussische Staatseinkommensteuer selbst bei den höchsten Einkommen nicht über 4 Proz. hinausgeht! Dazu soll nun noch die neue Belastung von 5 Pf. die Woche treten, so daß man wohl berechtigt ist zu sagen, daß die Steuerlast, die Staat und Gemeinde ihren Bürgern auferlegen, geradezu verschwindend gering ist gegenüber den Abgaben, die die Sozialdemokratie und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften von den Arbeitern fordern.

Die in dem zweiten Teil der Votiz aufgenachte Berechnung über die „sozialdemokratische Belastung“ der Arbeiterschaft ist so blöde, daß sie einer ernsten Würdigung nicht wert ist. Gätte ihr Verfasser statt mit einem Durchschnittseinkommen der Arbeiter von 1000 Mt. mit einem solchen von 800 Mt. und statt des Gewerkschaftsbeitrages von 1 Mt. wöchentlich und des Beitrages für die politische Organisation von 1 1/2 Mt. monatlich je mit den doppelten Zahlen gerechnet, dann hätte er ein Ergebnis erhalten, welches sich für seine Zwecke noch viel besser geeignet hätte. Da er ohnehin mit Phantazahlen rechnet, kommt es auf ein wenig mehr oder weniger Unsinns doch nicht an.

Solche unmaßlichen Vergleiche zwischen Staatssteuern und Gewerkschaftsbeiträgen, selbstverständlich unter Benutzung falscher Zahlen, hat übrigens vor einiger Zeit auch der preussische Finanzminister Lenke im Parlament gezogen. Als Antwort darauf, hat ihm Friedrich Raumann in der „Hilfe“ die folgende Belehrung zuteil werden lassen:

„Der neue preussische Finanzminister Lenke ist in der Bekämpfung der Sozialdemokratie den Spuren seines Amtsvorgängers, Freiherrn v. Rheinbaben gefolgt, und hat einen Vergleich zwischen Staatssteuern und Gewerkschaftsbeiträgen gezogen, um nachzuweisen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer Partei und ihren Berufsvereinen finanziell noch in ganz anderer Weise hochgenommen würden, als vom Vater Staat. Aber der Vergleich hinkt, einerlei, ob ihn ein preussischer Finanzminister oder die Organe zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vorbringen. Denn bei den Staatssteuern handelt es sich immer um Pflichten, denen sich der einzelne unter keinen Umständen entziehen kann, während die Arbeiterbeiträge freiwillig geleistet werden. Und ferner werden die Steuern zu allgemeinen Staatszwecken verwendet (Der Lenke zählte auf: öffentlichen Schul-, Verkehr-, Schulen, alle öffentlichen Einrichtungen), die in erster Linie den Wohlhabenden zugute kommen; die Arbeiterbeiträge aber werden ausschließlich für Arbeiterzwecke oder Arbeiterwohlfahrtszwecke verwendet, sie kommen den zahlenden Arbeitern restlos zugute. Es darf auch nicht vergessen werden, daß bei der Bestimmung der Beitragshöhe und bei der Ausschreibung von Umlagen die Belasteten ganz unmittelbar mitzureden haben in ihren Organisationen und Generalversammlungen, während bei den Staatssteuern die belasteten Arbeiter, soweit sie überhaupt durch einige Abgeordnete vertreten sind, gegen ihren Willen und schärfer Protest zu Beiträgen herangezogen werden. Schließlich aber soll man doch einmal fragen, ob es nicht unbedeutend wäre, daß die Arbeiterorganisationen geringere Beiträge erheben. Würden die heute für Arbeitskampfe, Arbeitslosigkeit und Arbeitsinvalidität und Aller schlimmsten Groschen und Markstücke etwa dann ebenso unbringend für die ungewisse Zukunft des Arbeiters angelegt werden? Würde die Kulturhöhe der deutschen Arbeiterschaft dieselbe bleiben, wenn alle ihre Selbstversicherungen und ihre eigenen Wohlfahrtskassen so rückwärts gingen? Die Frage in ihren Konsequenzen durchdenken, heißt zweifellos sie verneinen. Wer die Geschichte der deutschen Arbeiterschaft kennt, muß zugeben, daß sie parallel mit der wachsenden Selbstbesteuerung kulturell erfreulicher geworden ist. Und darum ist es gänzlich unangebracht, die finanzielle Opferwilligkeit der einzelnen Arbeiter zum Gegenstand von Vorwürfen zu machen.“

Diese Worte sind so zutreffend, daß wir ihnen nichts hinzuzufügen brauchen. Wir können nur wünschen, daß auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ und deren Freunde und Nachbeter versuchen, daraus Nutzen zu schöpfen.

Die Gerichte gegen die amerikanischen Gewerkschaften. Unter dieser Überschrift berichteten wir in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 12. März 1910, daß der nordamerikanische Landesverband der Gutmaacher verurteilt worden ist, einem Gutfabrikanten in Danbury 900 000 Mt. Hauptstrafe zu zahlen. Der Prozeß schwebte damals schon sechs Jahre. Auf eingelegte Berufung hat nunmehr, Mitte April 1911, das zuständige Bundes-Preis-Appellationsgericht jenes ungeheuerliche Urteil aufgehoben und eine neue Hauptverhandlung anberaumt. Die Aufhebung erfolgte, weil der Richter die Geschworenen nicht über die Ursachpflicht überhaupt, sondern nur über die Höhe des Schadens entscheiden ließ, sowie, daß als Beweismaterial auch die Aussagen solcher Zeugen benützt wurden, die ihre Kenntnis von den angeblichen Bedrohungen der Kunden jener

konfiskierten Firma nur vom Hörensagen hatten. Ferner hielt es das Bundesgericht für unzulässig, nebst dem Schlichter auch einzelne Verbandsmitglieder haftpflichtig zu machen, wie dies in jenem Urteil der Fall war.

Im Bauarbeiterverband ist jetzt der letzte Akt der Verschmelzung der früheren Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter vollzogen. Der „Grundstein“ veröffentlichte die letzten Abrechnungen der alten und den nunmehrigen Verbandsbestand der neuen Organisation.

Der Zentralverband der Schiffszimmerer hielt seine 12. Generalversammlung vom 7. bis 11. Mai im Berliner Gewerkschaftshause ab. Ein Teil der Verhandlungszeit wurde von der Verschmelzungsfrage in Anspruch genommen.

Der Zentralverband der Schiffszimmerer hielt seine 12. Generalversammlung vom 7. bis 11. Mai im Berliner Gewerkschaftshause ab. Ein Teil der Verhandlungszeit wurde von der Verschmelzungsfrage in Anspruch genommen.

Soziale Rechtspflege.

Muß bei vertraglichem Kündigungsaußschluß die ansehnliche Alfordarbeit fertig gemacht werden? Bei dem gegenwärtig schwebenden Kampf in Hamburg-Altona haben unter anderem die Kollegen bei der Firma Marcus u. Frank von dem ihnen durch die Arbeitsordnung eingeräumten Recht Gebrauch gemacht, und die Arbeit ohne Kündigung eingestellt.

Nunmehr hat sich das Hamburger Gewerbegericht mit einem ganz gleich gelagerten Fall zu beschäftigen gehabt. Die Firma Robohm u. Dammann in Altona hat ebenfalls Schadenersatzansprüche wegen unvollendeter Alfordarbeit beim gegenwärtigen Tischlerstreik erhoben.

Arbeit auf Hamburger Gebiet befindet, die erwünschte Unterlage hat. Die Hoffnung der Firma, daß man in Hamburg für ihre Schmeizen mehr Verständnis zeigen würde, hat denn auch nicht getrogen.

Technisches.

Rachblatt für Holzarbeiter. Im vorliegenden Ratheft führen uns die photographischen Abbildungen durch die Kunstgewerbeschule zu Nachen. Eine beigegebene Erläuterung Robert Dreuers läßt die Gründe erkennen, welche die Formen der einzelnen Einrichtungsstücke bestimmt haben.

Das Rachblatt für Holzarbeiter erscheint am 16. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren.

Eingefandt.

Achtung, Drechsler!

Im Arbeitsmarkt der Leipziger „Zeitschrift für Drechsler“ und in der „Deutschen Drechsler-Zeitung“ werden Tischler, Drechsler, Polierer, Maschinenarbeiter nach Hinstenmalde als Streikbrecher gesucht.

die größte Vorsicht angeraten, denn nicht immer sind solche Inhaber für den Unfug als Streikbrecher gesucht erkennbar. Die reisenden Kollegen haben die genannten Orte streng zu meiden.

Zentral-Kommission für das Drechsler-gewerbe. J. A. Albin Reichmann, Leipzig-Lindenau, Angerstraße 19.

An die Stadtarbeiter Deutschlands! Wie uns aus Paris berichtet wird, sucht der Stadtfabrikant Max Sped, früher in Wülffell, unter der fingierten Firma W. F. Mallet, Anières-Paris, 9 Rue St. Augustin, in Deutschland Stadtarbeiter.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstraße 2 bezogen werden.

Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Von S. Schneider. Herausgegeben vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Preis 8 Mk., gebunden 4 Mk.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Von Heinrich Kaufmann. Zweite Auflage. Hamburg 1911. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

An die Lehrlinge und Jugendlichen des Maler-, Lackierers-, Anstreichers-, Tücher- und Weibhinderberufes. So betitelt sich eine vom Malerverband herausgegebene kleine Agitationschrift, die den gleichen Aufgaben dienen soll wie die vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebene Schrift: „Mick zu, Gefelle!“

Jahrbuch des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes und der Vollstenographen-Lehrerreichs und der Schmeiß für das Jahr 1911. 3. Jahrgang. Im Auftrage des Bundesvorstandes bearbeitet von Gustav Richter. Stenographieverlag G. Richter, Lehr i. Baden.

Arbeitslosigkeit im Monat April 1911.

Table with columns for location (Gau), membership, unemployed members on-site, and unemployment benefits received. Rows include various regions like Danzig, Göttingen, Breslau, etc., and a monthly summary for April 1911.

Folgende Rathstellen haben nicht berichtet: Belgard, Culm, Fr.-Holland, Mühlenthalbe -- Rhinil -- Trostort, Albbenu -- Großröhrsdorf -- Worna, Kammersdorf -- Nümmern, Steindach -- Wernigerode -- Wernrode, Brake, Warne, Norden, Frey, Schwartau -- Herlohn, Rehheim, Witten -- Mchaffenburg, Homburg, Worms -- Ansbach, Mitterteich, Schwandorf, Schwefelsfurt -- Pilsen, Ulzburg, Traunstein -- Freudenstadt, Göppingen, Echingen, Marktra, Trostingen, Waldshut, Zell-Schöpsheim.

Table showing comparison of unemployment figures for various months from 1906 to 1911, with columns for total unemployed and percentage of unemployed members.

